

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Wochentage) Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 40, Fernsprecher 1607. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 8, Fernsprecher 601.

Wannereamb zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 6 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Anzeigeband für Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Expedition und den Abgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anfertigungsgebühr: die sechsstelligen Zeitungen 10 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Seite 60 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 200.

Nr. 36.

Magdeburg, Dienstag den 13. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten einschließlich des Romans „Die Kommune“.

Die neue Emser Depesche.

Wir wollen niemand das Recht bestreiten, ein Lump zu sein; allein eine solche Politik des Lugs, Trugs und der Fälschung hat leider für das Volk sehr schlimme praktische Folgen.

Lieblichste „Die Emser Depesche, oder: Wie Striege gemacht werden?“

Wieder hat sich ein Witzblatt als Prophet erwiesen. In dem „Simplicissimus“ von Paris, der „Affiette au beurre“, war unlängst ein Bild des Fürsten Bülows zu sehen, wie er unter der Wüste Bismarcks stehend für sich die nachdenklichen Worte spricht: „Jetzt nur noch eine Depeschensälschung und ich bin ein großer Mann.“ Die Depeschensälschung ist da, wenn sie auch nicht von Bülow begangen, sondern von bürgerlichen Journalisten zur höheren „nationalen Ehre“ vorgenommen wird. In den Spalten ihrer Blätter feiert die Politik „des Lugs, des Trugs und der Fälschung“ ihre Orgien wie 1870. Die Völker mögen sich vorheben, wenn sie die schlimmsten praktischen Folgen vermeiden wollen.

Wie auf Kommando sind am letzten Sonnabend und Sonntag die bürgerlichen Blätter des Deutschen Reichs mit der Behauptung aufgetreten, Frankreich habe die Vereinbarungen mit Deutschland, die zur Konferenz von Algeciras führten, gebrochen oder es schide sich doch an, einen solchen Bruch zu vollziehen. Prüfen wir, auf welchen Tatbestand sich diese schwere und gefährliche Anklage gründet!

Ein Teil der Pariser Presse, von dem man sagt, daß er der Regierung nahestehe — obwohl die Regierung offiziell den Zusammenhang bestreitet — hat dieser Tage den Wunsch ausgesprochen, Frankreich möge auf der Konferenz fordern, daß ihm die Reorganisation der Polizeigewalt in Marokko übertragen werde. Und tatsächlich haben auch die französischen Konferenzteilnehmer in den vertraulichen Beratungen, die über die heikle Polizeifrage geführt wurden, Einrichtungen gewünscht, von denen die „Nordd. Allg. Mtg.“ sagt, sie würden Frankreich „ein absolutes Übergewicht für die Ausübung von Polizeibefugnissen in ganz Marokko auch in dem Falle sichern, daß es, um den Anschein eines tatsächlichen Protektorats zu vermeiden, in einigen Bezirken die Wahrnehmung ähnlicher Befugnisse durch Spanien dulden will“. Mit andern Worten, der Vorschlag Frankreichs geht dahin, daß ihm und Spanien die Ausübung der Polizeibefugnisse in Marokko übertragen werden solle.

In diesem Vorschlag — zu dessen Inhalt man sich stellen mag, wie man will — soll nun nach der Behauptung der deutschen bürgerlichen Presse ein Bruch der deutsch-französischen Vereinbarungen liegen. Und warum? Frankreich — sagen sie — habe in jenen Vereinbarungen zugestanden, daß die Polizei in Marokko außerhalb des algerischen Grenzgebiets international eingerichtet werden solle. Wenn Frankreich jetzt die Polizei für sich (und Spanien) verlange, so sei das ein Bruch der Vereinbarungen, die zur Konferenz von Algeciras geführt hätten. Die Behauptung ist, wie wir sofort nachweisen werden, eine absolute Fälschung.

So schreibt die „Pöfische Zeitung“ — um nur einen aus der ungeheuren Fälscherbande herauszugreifen, wörtlich das Folgende:

Lebensfalls ist durch die Vereinbarung ausgeschlossen, daß Frankreich auch außerhalb der Grenzgebiete die Polizeigewalt auszuüben habe. Erhöhe Frankreich gegenwärtig diesen Anspruch, so hieße das nichts andres, als daß es sich von den Verpflichtungen, die es eingegangen ist, einseitig lossage. In allen Erörterungen über die Polizeifrage in der französischen und englischen Presse wird selbsterweise die Vereinbarung vom 28. September mit Stillschweigen übergangen, obwohl sie doch im französischen Selbstbuch auf Seite 306, im deutschen Selbstbuch auf Seite 38 im Wortlaut abgedruckt ist.

Was steht nun auf Seite 306 des Selbstbuchs? Als erste Aufgabe der Konferenz wird da bezeichnet:

Organisation, par la voie d'accord internationale, de la police hors de la région frontrière;

was das deutsche Selbstbuch auf Seite 38 zwar etwas verhältnismäßig, aber immer noch deutlich genug übersetzt:

International zu vereinbarende Einrichtung der Polizei außerhalb des Grenzgebiets;

was aber völlig genau übersetzt heißen müßte:

Organisation der Polizei außerhalb des Grenzgebiets auf dem Wege internationaler Vereinbarung.

Für jeden, der lesen kann, heißt das: Die Konferenz von Algeciras soll sich mit der Organisation der Polizei innerhalb des französisch-marokkanischen Grenzgebiets nicht beschäftigen; sie soll aber darüber beraten, wie die Polizeifrage im übrigen Marokko geregelt werden soll. Die deutsche bürgerliche Presse behauptet aber jetzt auf einmal, es sei durch die deutsch-französische Vereinbarung schon entschieden, daß alle Mächte sich in den Einfluß auf die marokkanische Polizei teilen sollen! Es sei beschlossen, die Polizei international zu organisieren. Das ist eine vollkommen unsinnige Fälschung; denn die deutsch-französischen Vereinbarungen sollten doch bloß die Tagesordnung der Konferenz festlegen, keineswegs aber ihr im voraus diktieren, welche Beschlüsse sie fassen müsse.

Wenn Deutschland mit dem Vorschlag, die Polizei an Frankreich und Spanien zu übertragen, nicht einverstanden ist, so kann es auf der Konferenz von Algeciras seine Stimme gegen ihn erheben, seine Gründe gegen ihn geltend machen und ihm seine Zustimmung verweigern. Ob eine solche Haltung, die Deutschland in Gegensatz zu allen andern Mächten setzen und tiefe Erbitterung wecken würde, klug wäre, ist eine Frage für sich — formal berechtigt ist sie aber auf jeden Fall. Deutschland kann aber, ohne sich mit einer schändlichen Lüge zu beschmutzen, nicht behaupten, daß Frankreich die Grenzen seiner Berechtigung überschreite und übernommene Verpflichtungen verletze, wenn es auf der Konferenz einen solchen Antrag stelle. Die Vereinbarung vom 28. September hat die Antragsfreiheit Frankreichs in keiner Weise beschränkt.

Der offenkundige Zweck jener groben und sinnfälligen Fälschung ist, im deutschen Volke jene „patriotische Stimmung“ wachzurufen, die der Militarismus für sein Schlächterhandwerk braucht. Man versucht, eine erlaubte Forderung Frankreichs, die man, wenn man will, auch mit erlaubten Mitteln bekämpfen kann, als Treubruch, Wortbruch und Verrat hinzustellen, und durch solche freche Lügen die keutonische Wut wider den Erbfeind entseffelt, die ohne solche künstliche Aufpeitschung — um des jämmerlichen marokkanischen Sündenbühnen willen — ganz gewiß nicht entbrennen würde.

„In Emser gab es weder einen Beleidigten noch einen Beleidiger“, sagte Wilhelm I., der Wahrheit die Ehre gebend. Bismarck mußte die Schamade zur Farsen machen; er mußte die Beleidigungen erfinden, die nicht geschehen waren. So entstand die Emser Depesche — „ohne Fälschung kein Krieg!“

Ebenso gibt es auch in Algeciras keinen Wortbruch! Man mußte erst durch eine Fälschung den Wortbruch glaubhaft machen, der nicht geschehen ist. Die Fälscher der Vereinbarung vom 28. September haben eine fürchtbare Verantwortung auf sich geladen — wohl uns und ihnen, wenn es der Wachsamkeit beider Völker gelingt, das Meuserste zu verhindern! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 12. Februar 1906.

Er soll und muß herunter.

Dem Grafen Posadowsky sucht Herr Hertel in der „Deutschen Tageszeitung“ von hinten her ein Bein zu stellen, weil trotz dessen behaupteter Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler seine Reden „ein andres Gepräge tragen, anders abgetönt und zugespitzt sind als die des Kanzlers selbst“.

Der Reichskanzler hat bekanntlich kürzlich versprochen, „die Individualität“ gegen die Sozialdemokratie zu schützen; dieser Ausspruch wird prächtig illustriert durch die agrarische Auffassung, ein Minister müsse schon deshalb herunter, weil er seine Reden „anders abtönt und zugespitzt“ als der Reichskanzler selbst. Denn die Folgen dieser veränderten Stimmung und Zuspitzung sind nach Herrn Hertels Meinung sehr bedenklicher Natur. Er schreibt darüber:

Es darf in diesem Zusammenhange ferner daran erinnert werden, daß der Kanzler bei seinen politischen und sozialpolitischen Darlegungen in der Regel einen scharfen Entrüstungssturm auf der äußersten Linken entfesselt, während sein Stellvertreter nicht selten durch lebhaften Beifall der Sozialdemokratie gelohnt wird.

Es ist zwar nicht wahr, daß Fürst Bülow auf der äußersten Linken Entrüstungsstürme entfesselt — er entfesselt bloß Heiterkeit —, wahr ist aber, daß Graf Posadowsky meist mit großem Interesse angehört wird, und für guttreffende Bemerkungen von sozialdemokratischer Seite her nicht selten ein „Sehr richtig!“ ernennt. Wenn Herr Hertel darin schon lebhaften Beifall findet, so mag er bemerken, wie

empänglich die Vertreter der Arbeiterschaft auch für das geringste verständige Wort sind.

Graf Posadowsky wird aber ernstlich sich aufs Studieren der Reden Bülows verlegen müssen, um den Beifall der Agrarier zu erringen. Sogar seine letzte Stalberede war für diese Gesellschaft noch zu hoch. —

Eine Straßendemonstration der Unmündigen.

Einen Kinderkrenz gegen die Sozialdemokratie schlägt ein Leier des „Berliner Lokal-Anzeiger“ in dem Sprechsaal seines Leitblattes vor. Man müßte, so meinte er, den Berliner Schulkindern einmal, und zwar am besten bei der silbernen Hochzeit des deutschen Kaiserpaars, die Gelegenheit geben, „das auch mal mitanzusehen zu dürfen“. „Dieses jugendliche Interesse“ werde aber „häufig auch daheim durch die Interesslosigkeit der Eltern bekämpft (!) und darum sei es nötig, von Amt wegen einen Guldigungszug der Schulkinder zu arrangieren. Ein solcher Guldigungszug würde, so schließt der Erfinder, dazu dienen, „die Liebe zu unserm angestammten Herrscherhause in diesen sonnenruhigen Zeiten (!) zu befestigen“.

Offenbar — der „rote Sonntag“ soll durch eine lokale Straßendemonstration der Unmündigen beantwortet werden. Wir zweifeln aber daran, daß die Eltern bei ihrer eingestanden traurigen „Interesslosigkeit“ für höfische Veranstaltungen geneigt sein würden, ihre Kinder den Gefahren einer solchen Straßendemonstration „in diesen so unruhigen Zeiten“ auszuliefern. —

Wahlrechtsdemonstranten-Prozess.

Wieder stand in Chemnitz ein Mann vor dem Schöffengericht, der ein Opfer der Absperrung und der polizeilichen Maßnahmen gelegentlich der Dezember-Wahlendemonstration geworden ist. Am 21. Januar verhielt sich die Polizei passiv und da kam es nicht zu Zusammenstößen.

Wegen „Widerstands“ hatte sich der Eisenbohrer Körner zu verantworten. Ihn beschuldigte die Anklage, daß er am 17. Dezember auf der Poststraße die Polizeikette durchbrochen und seiner hierauf erfolgten Verhaftung erheblichen Widerstand entgegengesetzt habe. Körner bemerkte, er sei in der Demonstrationsversammlung im Volkshaus nicht gewesen, er sei vielmehr auf dem Wege nach seiner in Kappel befindlichen Behausung auf die Menge gestoßen. Er habe heim gewollt. Widersteht habe er sich nicht, er habe sich nur gegen das zu feste Zugreifen der Schutzleute gewehrt.

Nach den Zeugenangaben der Polizeibeamten hat sich K. in der vordersten Reihe der Menge befunden, die an der Poststraße sich angeammelt hatte und von einer Schutzmannskette zurückgehalten wurde. Er habe über die Beschießung der Schutzleute geringschätzig gelächelt und schließlich habe er die Schutzmannskette durchbrochen und sei davon gelaufen. Als er wieder ergriffen wurde, habe er sehr erheblichen Widerstand auf dem Wege nach der Hauptwache geleistet.

Das Gericht erkannte auf die ungemein hohe Strafe von zwei Monaten Gefängnis.

In der Begründung sagte der Vorsitzende, es müsse berücksichtigt werden, daß das von Körner gezeigte Verhalten bei der vom Geiste der Widerständigkeit (!) geschwängerten Luft gleich einem Funken in ein Pulverfaß wirken konnte. (!) Eine exemplarische Strafe sei deshalb am Platze gewesen.

Nun ist die Luft wieder — rein . . .

Der Kampf um die Zivilliste.

Aus Chemnitz Rudolstadt wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

In der Parlamentsgeschichte deutscher Staaten ist seit langer Zeit kein Fall zu verzeichnen gewesen, wo eine Verletzung so viel Mut besessen hätte, eine vom Regenten geforderte Erhöhung der Zivilliste abzulehnen. Daß in Schwarzburg-Rudolstadt am 2. Dezember 1905 der Landtag so viel Rückgrat besaß und die Erhöhung der Pfanage des Fürsten von 262 000 auf 300 000 Mk. trotz Androhung einer Landtagsauflösung nicht genehmigte, ist lediglich das Verdienst unserer Parteigenossen, die im Landtag die Majorität bei der Abstimmung hatten.

Daß die für den 18. J. M. anstehende Wahl deshalb unter der Devise: Für oder gegen die Erhöhung der Zivilliste, vor sich geht, ist erklärlich. Sämtliche zur Wahl stehende bürgerliche Kandidaten erklären sich bereit, falls sie gewählt werden, für die obige Erhöhung zu stimmen.

Ja, die Angst vor einer sozialdemokratischen Landtagsmehrheit und der damit verbundenen Ablehnung der Apanageerhöhung hat endlich dahin geführt, daß die bürgerlichen Parteien infolge Furcht, einem lang gehegten Wunsche folgend, sich öffentlich Waffenbrüderschaft gelobten, in der Hoffnung, dem zusammengeschweißten Ordnungsbrei werde es nunmehr gelingen, unsere Genossen aus ihrer maßgebenden Stellung im Landtag zu verdrängen. Im Wahlkreis Rudolstadt-West, wo der Führer der Freisinnigen, Kommerzienrat Richter, bei der letzten Wahl gegen den Genossen Hartmann einen Durchfall erliden mußte, ist der nämliche liberale Durchfallskandidat wieder aufgestellt vom liberalen Landesverein, der Mittelstandsvereinigung, dem Bauernbund, dem Konservativen Verein und dem Reichswahlverein. Wahrscheinlich, eine aufeinandergegriffene Gesellschaft, wie man sie sich nicht schöner denken kann. Grundsätze sind keine, resp. nur einer vorhanden: Der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Durch diese Situation ist unserer Partei der Kampf erleichtert worden, sie kennt jetzt nur noch einen Gegner, die vereinigten Liberalen Reaktionen. Daß das so kam, ist im diesmahligen Wahlkampf schon ein wesentlicher Erfolg, denn er öffnet den Genossen, die etwa vom Schwarzburg-Rudolstädter Freisinn noch auf Charakter hofften, endgültig die Augen.

Die Stimmung im Lande ist gegen die Erhöhung der Zivilliste, deren Geschichte übrigens wissenswert ist. Bis zum Jahre 1849 besaß der Fürst das unumschränkte Verfügungsrecht über die Einnahmen aus den Domänen. Die gesamten Einkünfte des Landes floßen in die sogenannte Kammerkasse. Unter dem Einfluß der freiheitlichen Regierungen, die damals Deutschland durchzogen, kam auch in Schwarzburg-Rudolstadt eine Finanzreform zustande. Die Kammerkasse wurde aufgehoben, Domänen und Forsten der Landesverwaltung unterstellt und die Einnahmen der Hauptlandeskasse überwiesen. Für den Fürsten wurde mit dessen Einwilligung vom Landtag eine Zivilliste festgesetzt und im Jahre 1854 durch Staatsgrundgesetz die Domänenfrage festgelegt. Die Domänen wurden wie zuvor als Eigentum des fürstlichen Hauses erklärt, mit der Beschränkung jedoch, daß Veräußerung von Domänen nur mit Genehmigung des Landtags geschehen darf. Ueber die Einnahmen aus den Domänen war bestimmt, daß von ihnen zunächst die Kosten der Hofhaltung des Fürsten, d. h. die Zivilliste, bestritten werden soll, während die Ueberschüsse an die Landeskasse zu fließen haben.

Die Zivilliste hat seither eine mehrmalige Abänderung erfahren. Sie betrug im Jahre 1859 208 874 Mk., wurde im Jahre 1889 auf 250 000 Mk. und später auf 268 000 Mk. erhöht, und zwar jedesmal mit Zustimmung des Landtags. Da der letztere infolge seiner langjährigen reaktionären Zusammenfassung jede Erhöhung der Zivilliste unbefehle bewilligte, resultieren jetzt servile Seelen hieraus, daß der Landtag überhaupt kein Recht habe, die Erhöhung abzulehnen und daß es nur guter Wille des Fürsten sei, wenn er aus den Erträgen der Domänen, die doch sein anerkanntes Eigentum seien, den Ueberschuß an die Landeskasse abgibt. Wenn nun auch die letztere Ansicht durch ausdrückliche Festlegung im Staatsgrundgesetz nicht in Betracht kommen kann, so herrscht tatsächlich in den Kreisen aller bürgerlichen Parteien die Anschauung, daß der Landtag eine Erhöhung der Zivilliste deshalb nicht ablehnen könne, weil das fürstliche Haus im Jahre 1849 bei der Finanzreform seinerseits Entgegenkommen bewiesen habe. Die bürgerlichen Abgeordneten wollen sich freiwillig eines Rechts begeben, das ihnen durch Staatsgrundgesetz gesichert ist, während unsere Genossen unter Zugunahme auf eben dieses Gesetz ihr gutes Recht verteidigen, die Zivilliste zu erhöhen oder nicht. Das ist neben der materiellen die prinzipielle Seite dieses Wahlkampfes.

Im übrigen ist die Finanzlage des Landes derart, daß unsere Genossen nicht nur mit Fug und Recht auf das Staatsgrundgesetz, sondern auch mit Rücksicht auf die unbedingt notwendigen Reformen im Lande gegen die Erhöhung der Apanage stimmen mußten. Die Abänderung des Einkommensteuergesetzes, nach dem in Schwarzburg nicht nur die geringsten Einkommen recht scharf, sondern auch die großen Einkommen sehr milde herangezogen werden, ist entgegen dem Versprechen der Regierung und dem Verlangen des Landtags nicht vorgenommen worden, so daß es bei dem bisherigen ungerechten Zustand verbleibt. Die Lage der Volksschule im Lande ist kläglich, viele Schulklassen haben noch 100 bis 125, ja einzelne bis 150 Kinder; dabei sind die Besoldungsverhältnisse der Lehrer völlig ungenügend und verurteilen fortwährend den Wechsel der Lehrkräfte. Die Gehälter der kleinen Beamten bedürfen der Erhöhung und die industriereichen Waldorte des Fürstentums verlangen zweckdienliche Bahnverbindungen, zu deren Verwirklichung die Regierung über keine Mittel zu verfügen erklärt.

Daß bei diesem Stande der Sachlage die Regierung plötzlich 32 000 Mk. zur Erhöhung der Zivilliste übrig hat, die mit Einschluß der für die Erhaltung der fürstlichen Schlösser usw. herzugehenden Summen die Höhe von 40 000 Mk. jährlich erreicht, ist eine starke Zumutung an die mit Versprechungen hingehaltene Wählererschaft, die ohne dies unter den zurzeit herrschenden Teuerungsverhältnissen schwer zu leiden hat. Daher ist zu hoffen, daß die sozialdemokratische Partei, die in diesem Kampfe um das Wohl des Landes allein Charakter und Rückgrat gezeigt hat, am 15. Februar mit Ehren ihre Position behauptet und befestigt.

Frankreich.

Während die Parteien bei der Annahme des Jubelstabs in den katholischen Kirchen fortwährend es noch möglich zu machen gedenken, die anderen Religionsgemeinschaften zu erlösen, so sind die

Gelehrten in Vollen. In Paris existieren jetzt 40 Kirchen, die den Reformierten, Lutheranern, Baptisten usw. gehören; deren Eigentümer haben alles vorbereitet, um den Wehden die geforderten Aufstellungen zu übergeben. Dasselbe trifft zu für die Synagogen; auch hier wird dem Geseh keinerlei Widerstand entgegengesetzt werden.

Die Kerker sind unter nationalstiller Führung um so eifriger am Werke, die Menge der Gläubigen durch Fülle zu erzeugen. Es liegen darüber einige Telegramme vor: In Nizant in der Nähe von Montpellier bereiten die Nationalen energischen Widerstand gegen die Behörden vor, um die Juvenilaraufnahme der Kirchengüter zu verhindern. Eine große Anzahl der Bevölkerung ist Tag und Nacht in der Kirche und errichtet Verteidigungswerke. Hinter dem Hauptportal der Kirche ist eine feste Steinmauer aufgeführt worden. Die Bevölkerung hat große Mengen Proviant und einige Fuder Wein in das Innere der Kirche geschafft. In Poussan halten die frommen Frauen sogar Schießübungen ab.

Die russische Revolution.

Das Attentat auf den Admiral.

Daß von uns schon in der letzten Nummer kurz gemeldet wurde, daß der Admiral Tschuchnin ein Merkmal der tiefen Erregung, die nun, da die Konterrevolution ihr alle Ventile geschlossen hat, von neuem in Attentaten zum Ausdruck kommt.

Die Kugel hat diesmal übrigens einen der Schuldigsten getroffen. Tschuchnin verkörperte die Noheit und Willkür, die nirgends zügelloser walteten als in der Flotte. Schon als Flaggenkapitän galt er als einer der strengsten Offiziere. Sein Meisterstück hat er dann als Oberfeldherr der Schwarzmeer-Flotte geleistet. Sein draconisches Regiment bot die unmittelbare Ursache zu den Meutereien, die seit drei Jahren, blutig unterdrückt, immer wieder losbrachen.

Bei der Meuterei vor zwei Jahren ließ Tschuchnin selbst die vom Kriegsgericht der „kaiserlichen Gnade“ Empfohlenen niederschleusen. Während des von Leutnant Schmidt geführten Aufstandes im November vorigen Jahres arbeitete der Admiral mit Partakchen unter den Empörern und veranstaltete ein Blutbad nur um des Flußbades willen.

Wie es aber Leuten seines Schlages ziemt, ist er nicht minder feig als grausam. Kirill erzählt in seinem von uns schon ausführlich erwähnten Buche „Die Odyssee des Anjäs Potemkin“:

„Die Feigheit der Offiziere machte sie doppelt verächtlich. Im Augenblick der Revolte versteckten sie sich in verschiedenen Schuppwinkeln, sogar der Admiral Krieger mußte, nach einem Versuch, in den Hof zu gelangen, unter einem Steinregen den Rückzug antreten, unter dem Schutze Matjeshjshenkos (der später der eigentliche Führer des „Potemkin“ wurde). Der Admiral Tschuchnin hatte kläglich den Weg nach dem Kloster Gersjones eingeschlagen.“

Beim Unterschreiben von Todesurteilen fand der tapfere Führer dann seinen Heldenjinn wieder.

Das Attentat hängt zweifellos mit dem Prozeß gegen die Matrosen des „Potemkin“ zusammen, der jetzt, wie bereits gemeldet wurde, in Sebastopol geführt wird. Angeklagt sind 110 Mann; einige davon waren durch Leutnant Schmidt während des Aufstandes im November aus der Gefangenschaft befreit worden. Die Hauptangeklagten sind Leutnant Merezew und Schiffszarzt Dr. Galenko.

Die Angeklagten dürften indes zum Teil milde Richter finden. Denn was hier vor dem Kriegsgericht steht, das sind gar nicht die eigentlichen „Schuldigen“. Diese sind in Rumänien abgeseigert und befinden sich in Sicherheit. Die 110 begaben sich freiwillig in die Gewalt der russischen Behörden. Es sind der Hauptsache nach diejenigen Matrosen, deren Feigheit und Unreue den revolutionären Kollegen den Erfolg verkümmerten. Dahin gehören auch Merezew und Dr. Galenko. Merezew, der Führender war, wurde nach dem Siege der Meuterei als einziger von den Offizieren nicht in Haft genommen; er war beliebt bei der Mannschaft und erklärte nun, sich ihr anschließen zu wollen. Er wurde sogar bei der Wahl des Komitees zum Kommandanten des Schiffes erhoben, machte sich aber, wie wir aus Kirills Schilderung wissen, bloß durch Feigheit und Unzuverlässigkeit bemerkbar. So verzögerte er den Angriff auf Odessa und war der eine von den ersten, die die Flucht nach Rumänien als Parole ausgaben. Um so besser mußte er die Gutmütigkeit des Komitees für seine persönlichen Zwecke zu benutzen, indem er tausend Rubel für seine Familie aus der Schiffskasse sich vorstrecken ließ.

Der Schiffszarzt Dr. Galenko vollends war es, der den Abfall des „Potemkin“ und damit das Scheitern des ganzen Unternehmens verschuldet hat. Er dürfte wohl gar noch eine Auszeichnung davontragen.

Letzte Nachrichten.

Sb. Petersburg, 12. Februar. Trotz der Versicherungen Dumos, daß nach dem 22. Januar die Versammlungsfreiheit gewährt würde, wurden die nach allen Forderungen des Dezembergesetzes einberufenen Versammlungen von Agenten und Paramazuten vollständig aufgelöst. Die Polizei befragt, nach welchem Recht sie handle, gab vor, das Dezembergesetz zu erfüllen. Von einem Verband verlangte der Stadthauptmann, daß er auf seiner Versammlung, zu der nur auf Namen lautende Karten vorgeben wurden, die Polizei dulde.

* Petersburg, 12. Februar. Im Kaulasus hat sich die Lage verschärft. Man spricht von Bombardierung der Stadt Katalis. Die Revolutionäre setzen einen hartnäckigen Widerstand entgegen.

* Petersburg, 11. Februar. Eine furchtbare Katastrophe hat sich gestern am späten Abend im Reichthum von Petersburg ereignet. Hinter dem Resthof im Schiffsberger Kanal liegt die Garnison von zwei. Hier waren 50 Personen anwesend. Plötzlich lag durch das Fenster eine Bombe, die mit gewaltigem Getöse explodirte. Zwei Personen wurden sofort getötet, zwölf Personen sehr schwer verletzt. Der Täter wurde nicht ermittelt. In den Nachbarn wurden sämtliche Fensterbänke zertrümmert.

* Riga, 11. Februar. Mehrere Mitglieder des Revolutionskomitees wurden verhaftet, sämtliche sind Verurtheilt.

* Warschau, 11. Februar. In der Spodiska 11 wurde ein zur Revolution aufzurufen Gendarm eine Bombe ge-

setzt. Hier wurden schwer verwundet. Durch die Explosion wurden Mauern und Fensterstücken der Häuser in weitem Umkreise zertrümmert. Der Täter ist entkommen.

* Sebastopol, 11. Februar. Ueber den Anschlag auf den Admiral Tschuchnin werden nachfolgende Einzelheiten gemeldet: Von den vier abgefeuerten Schüssen waren drei Streifschüsse, einer drang in die Wangengegend ein. Man hofft, daß der Admiral mit dem Leben davonkommen wird. Die Täterin gab sich als Tochter des Admirals Tscheliew aus und wurde als solche empfangen; sie kam aus Moskau und hatte einen auf den Namen Krugnitsch lautenden Pass.

* Warschau, 11. Februar. In Warschau wurde ein Oberstschuchmann erschossen und ein ihn begleitender Soldat schwer verletzt.

* Warschau, 11. Februar. Der Demberger „Glos Narodu“ erzählt von hier: Fingst stehen Fischer an einer in der Nähe der Warschauer Zitadelle befindlichen Stelle der Weichsel auf 16 miteinander durch Drahtseil verbundene schredlich verstellte Beten. Bei diesen fehlten Hände und Füße, die Gefischer waren mit Fisch übergoßen, was die Feststellung der Identität unmöglich machte. Die Warschauer Polizei verbot den Fischern unter Androhung strenger Strafen, von dieser Entdeckung Mitteilung zu machen. Wahrscheinlich sind es Beten von Revolutionären, die in der Zitadelle hingerichtet wurden.

Aus der Parteibewegung.

Der Reichstagsabgeordnete und Stadterordnete Cramer-Darmstadt legte beide Mandate nieder, wegen einer von der Parteiorganisations beschlossenen Resolution, in der Cramer wegen seines Ganges zum Großerzog getadelt wurde.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 12. Februar 1906.

Zur Lokalfrage.

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:

„Sozialdemokratische Umtriebe in der Armee“ — mit diesem vielversprechenden Satz ist ein Zirkular überschrieben, das den hiesigen Wirten mit Militärverbot vom Garnisonkommando zugegangen ist. Es wird darin eröffnet, daß die Befehlung des Militärverbots auf Grund von Mitteilungen der politischen Polizei (diese wird in Nürnberg von dem „freisinnigen“ Stadtmagistrat ausgeht) erfolgt ist, daß aber von nun an von einem dauernden Verbot abgesehen werden solle, und dieses nur auf die Tage, an denen in den betreffenden Lokalen sozialdemokratische Zusammenkünfte stattfinden, beschränkt werde. Zur Bedingung wird nur gemacht, daß von jeder stattfindenden sozialdemokratischen Versammlung jeweils bis 10 Uhr vormittags dem Garnisonkommando Mitteilung gemacht wird, damit das Verbot für diesen Tag rechtzeitig verfügt werden kann. Zuwiderhandlung zieht dauerndes Militärverbot nach sich. Wenn man also schon einmal nach jächlichem Vorgang zu der Ueberszeugung gekommen ist, daß der dauernde Militärboykott nicht geeignet ist, die Heeresangehörigen von der Berührung mit der aufgeregten Arbeiterchaft fern zu halten, so hätte man auch von dieser milderen Form absehen und den Boykott überhaupt beseitigen können.

Wir meinen nun, was in Bayern und Sachsen möglich ist, wäre auch in Preußen durchführbar. An der Arbeiterschaft wird es liegen, die Wirte zu veranlassen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß auch in Magdeburg die Lokalfrage ihre vorläufige Lösung in dieser Art und Weise erfährt.

Rechtsanwalt Pistorius als Sozialistentöter.

Eine Fierde des Magdeburger Rechtsanwaltskollegiums ist Herr Richard Pistorius. Ob der vornehmen Art, in der er seinen Beruf ausübt, schämen ihn seine Kollegen und seine Klientel schämt ihn nicht minder — seiner außerordentlichen Talente als Verteidiger wegen, von denen keine zahlreicheren „Erfolge“ im Gerichtssaal Zeugnis ablegen. Die berufliche Tüchtigkeit dieses vollendeten Gentlemans wird zudem glücklich ergänzt durch eine einwandfreie, staatserkaltende Gesinnung. Als christlich-sozialer Stöckerjünger und Protektor von Jünglings- und evangelischen Gesellschaftevereinen begann Herr Pistorius seine öffentliche Laufbahn. Später wurde er, der Anregung eines etwas spöttisch veranlagten Kollegen folgend, nationalliberaler Agitator. 1903 benutzten ihn die Nationalliberalen als Redner und erlebten die Freude, daß der „Erfolg“, der Herrn Pistorius vor der Barre so oft beschiedenen ist, ihn auch auf das Rednerpult begleitete. Erfüllt von der hohen Bedeutung der Mission, die ihm übertragen ist, widmet sich Herr Pistorius seitdem mit wachsendem Eifer dem Kampfe gegen den Umsturz. Vor einigen Wochen suchte er seine Eigenschaft als Vorstandsmittglied der kaufmännischen Ortskrankenkasse zu benutzen, um einen der in letzter Zeit so beliebten „Arankenassen-Standale“ zu entschleiern, wobei er indessen keine guten Erfahrungen machte, weil sich nicht das geringste „Skandalöse“ ereignet hatte und die Motive, die Herrn Pistorius zu seiner Wagnerei veranlaßt hatten, von den Vertretern der Kasse offenbar nicht genügend gewürdigt wurden. Es war also ein ähnlicher Erfolg, den der strebsame Herr in diesem Falle erzielte, wie der, der ihm am Sonnabend vor dem hiesigen Landgericht als Vertreter der Gehamme Heinze in Altenplathow zuteil wurde, wo der Herr Rechtsanwalt sich mit aller Entschiedenheit einem Vergleich widersetzte und dadurch glücklich erzielte, daß seine Klientin auf drei Monate ins Gefängnis wandern muß. Aber solche kleinen Unfälle kommen vor. Herr Pistorius tröstete sich über das Mißgeschick, indem er am Abend des gleichen Tages in einer nationalliberalen Versammlung in Godesch ein staatserkaltende Taten vollbrachte, über die unsere Leser durch nachstehenden Bericht orientiert werden:

Anwesend waren 35 Personen, darunter etwa 20 Arbeiter, denen man ansehen konnte, daß sie nur Neugierde halber erschienen waren. Herr Pistorius ging in seinem Referat auf die auswärtige Politik ein und bewies dann die Notwendigkeit der Heeresvergrößerung und Flottenvermehrung. Als er die Kämpfe in Südwafrika schilderte, behauptete er, die Sozialdemokratie habe die jungen Krieger in Afrika beschimpft, eine Behauptung, die aus der Luft gegriffen ist, denn die Sozialdemokratie hat nie die jungen Krieger beschimpft, sondern das System bekämpft. Nachdem er noch einige alte Vadenhüter, die vor Jahrzehnten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie im Gebrauch waren, zum besten gegeben hatte, schloß er den Vogel ab mit dem 21.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 36.

Magdeburg, Dienstag den 13. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Der Marokkanische Knoten.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Seit fast einem Monat schon tagt die Diplomatenkonferenz in Algieras, ohne bisher zur Verhandlung über die eigentliche Streitfrage gekommen zu sein. Die Konferenz von Algieras, an der außer den europäischen „Mächten“ noch die Vereinigten Staaten und Marokko durch diplomatische Vertreter teilnehmen, hat zur Aufgabe, aus Marokko ein rentables Ausbeutungsobjekt zu machen. Das ist in kurzen, dünnen Worten der tatsächliche Zweck dieser so viel kommentierten Veranstaltung. Der marokkanische Handelsverkehr ist an sich nicht sehr groß. Nach einer Veröffentlichung des französischen Auswärtigen Amtes über den Handelsverkehr mit Marokko der letzten 2 Jahre partizipiert Deutschland mit einer jährlichen Einfuhr von etwa 2 Millionen, Frankreich mit etwa 20 Millionen Frank jährlich. Nach Frankreich folgen in großem Abstand England und Spanien.

Der handelspolitische Wert Marokkos ist also ein recht geringer und dürfte niemals bedeutend werden, da die Gesamtbevölkerung nur etwa 8 Millionen beträgt. In den letzten Jahren hat nun der Handelsverkehr sehr gelitten. Die Ein- und Ausfuhr ging in allgemeines Zurück, und zwar schiebt man dies den inneren Unruhen zu, die durch die Streitigkeiten zwischen dem regierenden Sultan und einem Thronprätendenten entstanden sind. Die Miswirtschaft der Regierung tat das ihrige, so daß die Finanzen Marokkos sich in einem trostlosen Zustand befinden. Dem soll nun die Diplomatenkonferenz abhelfen.

Nun braucht es keiner langen Beweisführung, um klarzulegen, daß die meisten Staaten, die ihre diplomatischen Vertreter nach Algieras geschickt haben, an der Hebung des Handels und Verkehrs mit Marokko nicht das mindeste Interesse haben. Frankreich befindet sich durch seine Lage dermaßen im Vorteil gegenüber allen andern Mächten, daß es nicht nur längst an die erste Stelle gerückt ist, die früher England innehatte, sondern daß es den Handelsverkehr schon derart okkupiert hat, daß andre Staaten nicht daran denken können, es aus seiner natürlichen Monopolstellung zu vertreiben.

Als Herr Delcassé im Jahre 1904 dem Sultan von Marokko das Reformprogramm vorlegte, das in der Tat die Unterstellung Marokkos unter die politische Oberhoheit Frankreichs bedeutete, erklärte Herr von Bülow wiederholt im Reichstage, daß Deutschlands Interessen nicht verletzt seien.

Wir wissen ja, daß es bald darauf anders wurde. Es erfolgte die Langerreise, eine bisher nicht dagewesene Form des diplomatischen Verkehrs. Da weder von dem Parlament noch von der Regierung Frankreichs die ehrgeizigen Pläne Delcassés gebilligt wurden, mußte er gehen. Man pflog nochmals Unterhandlungen mit Deutschland, die schließlich als Ergebnis die Diplomatenkonferenz in Algieras hatten.

Und das bisherige Ergebnis der Konferenz? Darüber schwebt noch ein geheimnisvolles Dunkel. Die Gegenstände, die bisher verhandelt wurden, sind lauter Dinge, die vorher schon so gut wie geregelt waren. Auch die Verhandlungen der nächsten Tage oder Wochen — denn wie lange die Verhandlungen hinausgezogen werden, ist schwer vorauszu sehen — werden die Lösung der eigentlichen „schwierigen“ Frage nicht bringen.

Diese schwierige Frage, der Knoten, den die Diplomatenhände entwirren sollen, um zu verhindern, daß er mit dem Schwert durchhauen wird, ist die Regelung des marokkanischen „Polizeidienstes“. Diese „Polizeifrage“ ist in Wirklichkeit eine Militärfrage. Es ist schon gesagt worden, daß der Handelsverkehr infolge der inneren Unruhen gelitten hat und daß er bedeutend mehr noch zurückgehen dürfte, wenn nicht gründlich reorganisierend eingegriffen würde. Dazu genügt aber nicht, daß eine Staatsbank unter internationaler Kontrolle eingerichtet wird, daß das Zoll- und Steuerwesen geregelt, die Waffeneinfuhr unterjagt wird, sondern es muß auch für die Sicherheit des Warentransportes gesorgt werden. Delcassé verlangte zu diesem Zweck die Einstellung französischer „Polizeioffiziere“, mit andern Worten, die Uebertragung der marokkanischen Militärverwaltung an Frankreich. Es ist begreiflich, daß sich der Sultan hiergegen auf das energischste wehrte. Er hätte jedoch schließlich in den lauren Apfel gebissen, wenn nicht plötzlich Deutschland sich eingemischt und die Sache des marokkanischen Sultans zur seinen gemacht hätte.

Nun steht die Sache so: Eine Regelung des Sicherheitsdienstes muß erfolgen, darüber sind alle einig, aber jeder bisher gemachte Vorschlag verletzt entweder die Interessen Frankreichs oder Deutschlands — Baron! Marokkos. Deutschland hat im Interesse einer handvoll Spekulantendenn um die fragwürdige Unabhängigkeit des marokkanischen Sultans zu wahren, wäre die Langerreise sicher nicht erfolgt — die als Lohn für die Unterstützung des Sultans sich profitable Privilegien versprechen, die Forderungen des Sultans unterstützt. Genosse Jaures hat nun vor einigen Tagen den Vorschlag gemacht, die Regelung des Sicherheitsdienstes den Marokkanern selbst zu überlassen, unter der einzigen Bedingung, daß im Budget alljährlich eine bestimmte Summe ausgeteilt wird. Diese Lösung wäre sehr einfach. Ich glaube jedoch kaum, daß die französische Regierung darauf eingehen können. Ueberläßt man dem Sultan, ganz nach seinem Gutdünken zu handeln, nur daß er die „Polizei“ bezahle — was er bisher nicht getan hat —, so wird der Sultan jedenfalls sich europäische Instruktionen

kommen lassen, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Daß diese Instruktionen keine französischen sein würden und daß diese „Regelung des Polizeidienstes“ sich zum letzten Ende gegen Frankreich d. h. Algerien richten würde, kann von vornherein angenommen werden.

Nun ist auch von einer internationalen Polizei gesprochen worden, wie sie z. B. auf Kreta besteht. Mit diesen internationalen Polizeimannschaften hat man jedoch bisher nur schlimme Erfahrungen gemacht. Bald prügeln sich die verschiedenen Detachements untereinander, bald ziehen sie gegen die eingeborne Bevölkerung zu Felde, um einen Kameraden zu rächen. Nun wurde auch der Vorschlag gemacht, die Reorganisation einer neutralen Macht, und zwar Italien zu übertragen. Diesen Vorschlag dürfte jedoch der Sultan und folglich auch die deutsche Diplomatie ablehnen, weil ihm damit jede Verstärkung seiner Militärmacht unterbunden wäre.

Nun wird man mit Recht die Frage aufwerfen, warum denn Deutschland mit aller Gewalt sich in Dinge mischt, die weder für seine nationalen, noch kommerziellen Interessen von irgendwelcher Bedeutung sind. Des Rätsels Lösung ist, daß es Deutschland an Kolonien, die auch nur die Aussicht böten, eine Operationsbasis für das deutsche Kapital zu werden, absolut fehlt. Darum sucht es um jeden Preis diese Basis anderwärts. So wurde die Jerusalemreise unternommen, die uns die „Freundschaft“ Abdul Hamids und die Bagdadbahn einbrachte und noch viel mehr bringen soll. So wurde die Langerreise unternommen, die uns, d. h. einigen deutschen Spekulanten, ähnliche rentable Unternehmungen in den Schoß werfen soll. Das schlimmste ist dies: nur, daß das Vorgehen Deutschlands direkt gegen Frankreich gerichtet ist und uns den Haß der Franzosen und das Mißfallen der ganzen Kulturwelt einträgt. —

Soziales.

Manufakturenfrage und der Vertrag wider die guten Sitten.

In einer Klagesache des Lagerhalters Ruter gegen die Konjunkturgenossenschaft Berlin hat das Berliner Kaufmannsgericht entschieden, daß ein Vertrag, der den Angestellten stets mit dem entstehenden Manfo belastet, gegen die guten Sitten verstößt. Die Urteilsgründe werden jetzt vom „Vorwärts“ mitgeteilt.

§ 2 und § 8 des Lagerhalter-Vertrags bestimmen in den hier interessierenden Punkten:

„Herr . . . hat dem Verein eine Kaution in der Höhe von . . . Mark zu stellen . . . Er haftet für allen durch seine Schuld dem Verein zugefügten Schaden. Die Kaution wird mit Aufhebung des Vertrages zurückgezahlt, sobald festgestellt ist, daß der Verein Ansprüche an Herrn . . . nicht mehr zu stellen hat . . . Der Beschluß der Verwaltung kann der Fehlbetrag von der Kaution des Lagerhalters gekürzt werden.“

Die Urteilsgründe führen nun aus:

„Wenn auch in § 8 des Vertrages bedungen ist, daß ein sich bei der Inventur ergebender Fehlbetrag durch Beschluß der Verwaltung von der Kaution des Lagerhalters gekürzt werden kann, so ist doch hierin nicht mit Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß Kläger mit der Kaution über eine in § 2 des Vertrages nur für den Fall eines Verschuldens festgesetzte Ersatzpflicht hinaus haften sollte. Ein Widerspruch zwischen beiden Bestimmungen besteht nicht. Denn nach dem Inhalt des Vertrages ist der Auslegung des § 8 kein Zwang angetan, wenn die Beklagte hiernach es dem Beschluß der Verwaltung überlassen wollte, ein Verschulden des Lagerhalters im Falle eines Manfos bei der Inventur nach den Tatsachen angenommen und je nachdem, ob ein solches als vorliegend erachtet würde oder nicht, die Kaution zu kürzen oder sie auf der bisherigen Höhe zu belassen.“

Beklagte hatte eingewendet, „Kläger sei auch aus dem Gesichtspunkt des Verschuldens haftbar, da er infolge vieler Ehrenämter als Stadtvorordneter, Vorsteher der Krankenkassen u. a. die Kontrolle über den Eingang der Waren ständig gehandhabt habe“. Einen Beweis hierfür hat die Beklagte trotz richterlichen Weiragens nicht angetreten. Die Entscheidungsgründe lauten: „ein Verschulden des Klägers hat die Beklagte mit den nach dieser Richtung vorgebrachten Tatsachen nicht genügend zu begründen vermocht.“ Das Urteil scheint hiernach die Frage offen zu lassen, ob ein aus der Ausübung von Ehrenämtern entnommener Einwand überhaupt begründet sein kann. Diese Frage dürfte entschieden zu verneinen sein. Die Ausübung von Ehrenämtern kann niemals als ein Verschulden angesehen werden, im Gegenteil ist nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch für die Zeit Gehalt zu zahlen, in der ein Angestellter durch Wahrnehmung von Ehrenämtern an der Arbeitsleistung verhindert war. —

k. Ein fürchterliches Momentbild aus der besten der Welten lieferte dieser Tage der Dresdener Polizeibericht. Ein Schuhmann bernahm am 8. d. M. ein jämmerliches Kindergekrei aus einer Wohnung in der im Innern der Stadt liegenden Weißgerbergasse, die als Sitz großstädtischen Glendes eine traurige Berühmtheit erlangt hat. Der Schuhmann fand in der Wohnung auf der Diele auf einem Haufen Lumpen ein mit Kot bedecktes kleines Kind, das an mehreren Stellen durch ungeziefert gefressen war. Das Kind ist das

drei Monate alte Söhnchen einer getrennt lebenden Auscherfrau, die „sich mit arbeitscheuem Gesindel und Dieben herumtreibt“. Das Kind befand sich bei andern Leuten in Pflege, die „Pflegeeltern“ aber fand der Beamte sinnlos betrunken im Bett vor. Die Mutter des Kindes aber fand der Beamte nach kurzem Suchen ebenfalls betrunken in einer Destille vor! —

ac. Ein ständiges Einigungsamt soll demnächst in Zürich errichtet werden. Diefem soll die Befugnis gegeben werden, bei drohenden Arbeitseinstellungen oder Aussperrungen vermittelnd einzugreifen. Wenn die Parteien das Einigungsamt bei ausbrechenden Konflikten nicht selbst benachrichtigen, so hat das Einigungsamt die Sache von sich aus in die Hand zu nehmen. Die Parteien haben je drei Vertreter zu wählen, und dem Einigungsamt, dessen Mitglieder weder als Unternehmer noch als Arbeiter am wirtschaftlichen Erwerbsleben beteiligt sein dürfen, ihre Forderungen bzw. Inerbietungen in schriftlicher Formulierung einzureichen. Das Einigungsamt hat die Befugnis, mündliche oder schriftliche Gutachten von Sachleuten einzufordern, Erhebungen vorzunehmen usw. Kommt eine Einigung nicht zustande, so richtet der Vorsitzende an die Parteivertreter die Frage, ob sie sich einem Schiedspruch unterziehen wollen. Dieses schiedsgerichtliche Verfahren findet auch dann statt, wenn nur eine Partei sich zu unterziehen bereit erklärt, oder wenn der Stadtrat einen Schiedspruch verlangt. — Die mit der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs beauftragte Kommission hat ihre Arbeiten beschleunigt, um das bezeichnete Institut möglichst schon bei dem im Frühjahr drohenden großen Bauarbeiterstreik in Funktion treten zu lassen. —

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Prozeß Hilger-Krämer im Harz.

Die Bergleute in den fiskalischen Bergwerken rühren sich. Lange genug hat ihr albetanntes und sprichwörtliches Elend und der Druck von oben jeden gewerkschaftlichen Bemühungen vereitelt; nun ist der Wahn gebrochen. Der Deutsche Bergarbeiterverband beginnt auch in dieses Mutterrevier des sozialen Staates seinen Einzug zu halten, natürlich nicht, ohne sogleich den Staatsanwalt auf den Plan zu rufen. Vater Staat und seinem Anwalt scheint es nach nicht weniger als nach einer harzer Neuaufgabe des Prozeßes Krämer zu gelüsten, bei dem im Saarrevier Herr Hilger auf der Straße geblieben ist. An die harzer Bergarbeiter menden sich ein Flugblatt, das am vorigen Sonnabend durch vierzig Genossen in den Bergorten Glanztal und Kellerfeld verbreitet worden ist und worin die „Bergknappen des Königs“ unter ziffermäßiger Darstellung ihrer hundeelenden Lage zum Anschluß an die Organisation aufgefordert werden. Die Verbreitung der Blätter war „im Nu“ getan, ein paar übriggebliebene Exemplare wurden die Beute des Staatsanwalts. Dieser begnügte sich jedoch nicht mit der Beschuldigung des äußerst gefährlichen Papiers, sondern erwickelte gleich die Verhaftung zweier Hauptverbreiter, der Genossen Schropp und Rosenthal. Deren Hauptverbrechen scheint darin zu bestehen, daß in dem Flugblatt die Wahrheit über das harzer Bergarbeiterelend gesagt ist. Natürlich konnte unsern Genossen kein größerer Gefallen erwiesen werden, als es mit dieser Prozeßur geschieht, die durch die gänzlich unmotivierten Verhaftungen so wirkungsvoll eingeleitet worden ist. Wenn es zu einem „Prozeß Krämer“ im Harzrevier kommen soll, so kann die Öffentlichkeit sich auf schauerhafte Entüllungen gefaßt machen, gegen die selbst die Staatsklaverei und Gefinnungs-Spionage in Saarabien noch verblaffen würden.

Gegen welche Zustände sich der gewerkschaftliche Kampf im Harzrevier richtet, dem der preussische Massenstaat nicht anders als durch seine Justiz zu begegnen weiß, das zeigen schon die amtlichen Lohnnachweise. Danach betrug der Durchschnittslohn im Jahre 1905 in den Erzbergbaurevieren Mansfeld 3,21 bis 3,23 Mk. pro 8stündige Schicht, Siegen-Raunau 3,02 bis 3,11 Mk. pro 7stündige Schicht, sonstige rechtsrheinische 2,87 bis 2,93 Mk. pro 7stündige Schicht, linksrheinische 2,52 bis 2,59 Mk. pro 8stündige Schicht, Oberharz 2,37 bis 2,38 Mk. pro 9stündige Schicht.

Ist schon die Lage der Bergarbeiter im allgemeinen nicht rosig, so beweisen diese offiziellen Ziffern, daß sich die harzer Bergarbeiter am elendesten stehen. Dafür haben sie auch die längste Arbeitszeit und sind einer Behandlung und Gängelung ausgesetzt, die, wenn auch nur ein Teil der darüber berichteten Tatsachen zutrifft, den verlassenen Saarabergkämpfern als den reinen Waisentnaben erscheinen lassen würden. Ein Saarabergkämpfer tut in dem königlichen Arbeiterrevier im Harz längst dringend not. Der bürgerlichen Welt, die bisher im Harz nur ihre Mäuschlein gepflegt und ihr Geld verjagt hat, könnte für einen Augenblick die Augen geöffnet werden über das taufendfältige Elend, das hier ihr müßiges Wesen umgibt, und das Organisationswerk, das allein Befreiung aus diesem Elend bringen kann, würde eine mächtige Förderung erfahren. In dem dunkelsten Revier des sozialen Königtums will es Licht werden! —

2. **Recht mit ihren Arbeitswilligen** haben die Vereinigten Französischen Schuhfabriken in Nürnberg. Nachdem erst kürzlich zwei dieser ordnungsliebenden Elemente, die beim letzten Streik in dem genannten Etablissement den Kampf ihrer organisierten Kollegen unvorsichtl. machten, wegen Raubmordes in Unterjagung genommen worden sind, wurde jetzt wieder einer von der edlen Unternehmergruppe vom Staatsanwalt hinter Schloß und Riegel gefaßt. Aus Anlaß des erwähnten Raubmordes suchte die Polizei bei der Tröbelen und im Reihhaus nach geraubten Preziosen, wobei sie eine Menge neuer Schuhwaren mit dem Fabrikzeichen der Französischen Schuhfabriken fand. Da dies auffallend war, wurden Nachforschungen vorgenommen, und dabei stellte sich heraus, daß der Arbeiter in ilige Keil die Stiefel gleich zu Hunderten aus dem Betrieb gestohlen und verkauft oder verbergt hatte. Die Fabrikleitung wird sich wohl jetzt sagen müssen, daß sie das Interesse der Aktionäre besser wahrgenommen hätte, wenn sie sich mit ihren Arbeitern verständigt und nicht zu sehr den Herrenstandpunkt hervorgekehrt hätte. —

1. **Der Rehnkudentag in der Textilindustrie.** Als im vorigen Sommer während und nach der großen Metallarbeiter-Aussperrung die südbayerischen Textilindustriellen nicht geringer Angst das kolossale Unwachsen auch des Textilarbeiter-Verbandes wahrnahmen, da versprachen sie bekanntlich den Arbeitern,

ab 1. Januar 1908 „freiwillig“ den Neunjahrestag einzuführen und erregt dadurch einen Entzweiungsturm der übrigen deutschen Textilfabriken. Der 1. Januar kam heran, aber nur sehr, sehr langsam erinnerten sich die Textilindustriellen an ihr Versprechen. Man erlebte man das interessante Schauspiel, daß in denjenigen Fabriken, in welchen die Arbeiter bisher noch nie daran gedacht haben, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen, die Unternehmer ihr Wort wieder zurückzogen, d. h., daß sie den Entzweiungstagen befehligen; in jenen Betrieben aber, wo die gewerkschaftliche Organisation bereits Fuß gefaßt, da veranstaltete man lächerlicher Weise unter den Arbeitern erst eine Abstimmung und führte demzufolge dann den Neunjahrestag ein. Ein glänzendes Resultat aber erzielte die Textilarbeiter dort, wo sie fast oder überhaupt vollständig organisiert sind. Es wurde da nicht nur der Neunjahrestag eingeführt, sondern die Arbeiter drückten auch noch eine wesentliche Lohnerhöhung durch, haben sich also kraft ihrer Organisation nicht nur einen wesentlichen materiellen Vorteil errungen, sondern sind auch in der Achtung der Unternehmer ganz gewaltig gestiegen.

Man sieht also hier wieder recht deutlich, daß den Unternehmern alles abgerungen werden muß durch eine stramme Organisation und daß alles Bitten und Flehen nichts hilft, denn dort, wo die Christlichen dominieren, besonders im oberen Teil des bayerischen Schwabens, da sind die Textilarbeiter über's Ohr gehauen worden.

Mögen die Textilarbeiter auch im übrigen Deutschland äußerst starke Organisationen schaffen, um gleich wie in Schwaben den Neunjahrestag zu erringen. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß im schwäbischen Bayern, in Augsburg und im Algäu, heute der Entzweiungstagen noch überall bestünde und daß die Organisation der Textilarbeiter noch lange nicht auf der Höhe stünde, auf der sie heute tatsächlich steht, wenn nicht die Ausperrung der Metallarbeiter und die Ausperrungswut der Unternehmer im allgemeinen die Textilarbeiter in Massen und ganz plötzlich der Organisation zugeführt hätten. Es waren hier also wieder die Hauptagitatoren und Geher — die Unternehmer!

1. Ein Arbeitersekretariat wird demnächst auch in Ansbach entstehen. Die seit langer Zeit gepflogenen Vorbereitungen nähern sich mehr und mehr dem Ende, so daß die Eröffnung des Instituts bald erfolgen kann.

2. Ein Gewerkschaftshaus wird in absehbarer Zeit auch in Nürnberg entstehen. Der Deutsche Metallarbeiterverband, dessen leitende Mitglieder durch die trostlosen Zustände im Herbergsweien Nürnbergs besonders zu leiden haben, hat in der Kartäusergasse beim Germanischen Museum drei Häuser für 107 000 Mark angekauft, die niedergekauft werden sollen, um einem Neubau Platz zu machen. In diesem werden Herbergs-, Wirtschafts-, Sitzungs- und Lokalitäten für Bureauzwecke eingerichtet.

3. Ein ungetreuer Kassierer. Die Schwab. Tagwacht in Stuttgart schreibt in ihrer Dienst-Nr. 10: „Der Geschäftsführer der hiesigen Eisenbahnverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Hieber, ist wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern verhaftet worden. Diese Nachricht verbreitet heute Wolffs Repetitionsbureau in ganz Deutschland. Soweit wir unterrichtet sind, ist die Schuld Hiebers noch keineswegs nachgewiesen. Es handelt sich um einen Fehlbetrag von 1300 Mark, über den noch keine Aufklärung erzielt ist. Die Anzeige ist von Hieber selbst erfolgt. Die Polizei glaubte auf Grund des Befunds zur Verhaftung Hiebers schreiten zu müssen.“

Bergarbeiter-Delegiertentag für Preußen.

H. Essen, den 11. Februar 1906.
Die Stenographenkommission hat für den 11. und 12. Februar eine Konferenz der organisierten Bergleute Preußens nach Essen einberufen. Die erste Sitzung des Delegiertentages wurde heute morgen durch den Vorsitzenden des Stenographenkommissionen Effert um 10 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung lautet:

1. Stellungnahme zum Knappschafts-Gesetzentwurf.
 2. Forderung eines Reichsbirgengesetzes.
 3. Stellungnahme zur Lohnfrage insolge der allgemeinen Lohnung.
- Der Vorsitz führt heute Reichstagsabgeordneter Schaepe, der nach kurzen einleitenden Worten dem Referenten zum 1. Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zum Knappschafts-Gesetzentwurf“ dem Knappschaftsältesten B. n. f. Oberhausen vom alten Verband das Wort erteilt. Derselbe protestiert in seinem einständigen Referat zunächst gegen die beachtlichen Verschlechterungen durch das neue Knappschafts-Gesetz und verlangt Erhöhung des Krankengeldes, Sicherstellung der Pensionsberechtigung, ausreichende Unfallrente, auch in den Fällen der Selbstverschuldung, sowie auskömmliche Witwenpension und Zusammenlegung der vielen kleinen Knappschafts-Kassen in eine Gesamtkasse. Der Referent trägt des weiteren die Einteilung der Knappschaftsmitglieder in händige und unhandige Mitglieder und verlangt Befreiung dieses Mißstandes, erklärt jedoch an, daß der neue Gesetzentwurf auch eine Reihe Verbesserungen enthält. Der Redner bittet um Annahme einer aus 24 Punkten bestehenden Resolution, die die angeführten Forderungen enthält.

Au der Diskussion beteiligen sich Delegierte aus allen Verbänden, die in der Hauptsache die Annahme der Resolution empfehlen und die Vorteile eines geschlossenen Bergesens sämtlicher Verbände betonen.

Nach der Mittagspause wird die Präsenzliste verlesen. Es sind vertreten der alte Verband mit 76, der christliche Gewerksverein mit 56, der polnische Verein mit 17, der Hirsch-Bunderteile mit 7 Delegierten. Außerdem ist eine Anzahl Gäste erschienen und ein Vertreter des Vereins der gegenseitigen Hilfe, Obereschlehen.

Die Diskussion wird dann fortgesetzt. Im Laufe derselben kommen viele Mißstände zur Sprache. Bornehmlich wenden sich die Diskussionsredner dagegen, daß man neuerdings vielen Invaliden den Rentenanspruch abspricht, weil man ein Selbstverschulden der Invalidität durch übermäßigen Alkoholgenuß als vorliegend annimmt. Die Redner betonen einmütig die Gefahr, die hierdurch in der Praxis der Bergarbeiter erwachsen könne. Die Verantwortlichkeit der unhandigen Knappschaftsmitglieder, die wohl Beiträge zahlen dürfen, aber keine Pensionsberechtigung oder sonstige Rechte haben, den händigen Mitgliedern gegenüber findet von allen Seiten Verurteilung. Von einer Besserung der Lage der Bergarbeiter durch das Dreiklassenparlament verprechen sich die meisten Redner nicht viel. Die Vertreter der polnischen Bergleute Obereschlehen verlangen Anerkennung der Knappschaftsmitglieder in polnischer Sprache. Nach mehrstündiger Diskussion gelangt dann die Resolution zur Abstimmung. Nach kleinen Änderungen wird die Resolution einstimmig angenommen. Zu einem Fußsitz zu der Resolution wird verlangt, daß auch solche Bergleute als Rechte gewährt werden können, die nicht der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind. Die Sitzung wird dann auf Montag morgen vertagt.

Provinz und Umgegend.

Magd., 12. Februar. (Nachfrage zur Stadiverordnetenwahl!) Sei der am 8., 9. und 10. Januar stattgehabten Stadtwahl sind seit langer Zeit zum ersten Male auch wieder eine große Anzahl Arbeiter der Firma Tsch. u. Co. zur Wahl gekommen. Entgegen ihrer Überzeugung haben sie auch für die Kandidatur der Arbeiterkassen gestimmt, trotzdem Herr Zwarg mit am meisten gewählt ist. Sie esse waren der Meinung, daß, da sie Herrn Zwarg als Kandidaten und unabhängigen Mann kannten, sie in wirtschaftlicher Beziehung keine Nachteile in Bezug von Entlassungen zu haben würden. Doch ist es das nicht der Fall zu sein. Wie uns mitgeteilt wird, wurde bei der Firma Tsch. u. Co. vierzig Arbeiter, die zur Wahl gekommen sind, gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangels; darunter sogar einer, der schon 13 Jahre bei der Firma beschäftigt ist. Had diese Kündigungen wegen Arbeitsmangels erfolgen, trotzdem noch keine Aufstellungen von Arbeitern stattfanden. Wir können nicht annehmen, daß Herr Zwarg von diesen

Entlassungen etwas weiß, da wir ja hier sind, daß er diese nicht still sein möchte. Der hiesigen Arbeiterkassen hat sich eine große Erregung bemächtigt. Die Entlassung dieser Arbeiter wird von ihr als ungerecht angesehen und sie wird die Konsequenzen daraus zu ziehen wissen. Eine Klärung dieser Sache ist im Interesse beider Teile dringend notwendig. Wir kommen noch einmal darauf zurück.

Magd., 12. Februar. (Eine Warnung) richten wir an jung und alt. Wie das Tagesblatt berichtet, findet bei Pörsch-Blumenthal ein Scharfschießen der hiesigen Artillerie statt. Da es vorkommt, daß einzelne Geschosse nicht explodieren und somit ganz liegen bleiben, so sei hiermit ausdrücklich davor gewarnt, vorartige blind gegangene Geschosse aufzunehmen und gar davon herumzuhämmern, wie es neulich hier eine Frau getan hatte. Sie kann sich glücklicherweise, daß das Geschos nicht explodiert ist, sie wäre in Stücke gerissen worden. Also liegen lassen und die Militärbehörde benachrichtigen!

Magd., 12. Februar. (Zum Handschuhmacherstreik.) In der Lohnbewegung der Handschuhmacher ist infolge einer Ueberänderung eingetreten, als noch zwei Fabrikanten bewilligt haben. Die andern stellen sich nach wie vor auf den Herrenstandpunkt; sie halten es unter ihrer Würde, mit den Streikenden zu verhandeln. Nun, die Zeit wird auch sie lehren, daß sie wohl oder übel sich dazu bequemen müssen. Die Stimmung der Streikenden ist gut. 30 Ledige und 7 Verheiratete sind schon abgereist. Gegenwärtig befinden sich nur noch 25 Streikende am Orte. Bis jetzt haben sich „haatsbehaltende“ Elemente, d. h. Arbeitswillige noch nicht gefunden. Es wäre im Interesse der Streikenden auch nur zu begrüßen, wenn es ihnen gelänge, jeden Zugzug nach hier fern zu halten.

Magd., 12. Februar. (Ein Küchenbrand) entstand im Hinterhaus des Hauses Markt Nr. 10 dadurch, daß durch eine schadhafte Stelle in der Grube ebenfalls Blut herausgefallen ist und gezündet hat. Das Feuer wurde jedoch frühzeitig bemerkt und gelöscht.

g. Halle, 10. Februar. (Der reingewaschene Magistrat.) In der rechtsliberalen „Allg. Zeitung“ hatte der Redakteur Eugen Brinmann eine Eingabe des früheren Bräutigams Specht veröffentlicht, nach der letzterer von der Stadt Halle einen Schadenersatz von 120 000 Mark verlangt. In der Eingabe wurden schwere Anklagen gegen den Magistrat erhoben, da Specht in dem von ihm beantragten Wiederkauflausen an Lohnvergrößerung erkrankt und erwerbsunfähig geworden ist. Spechts Tochter, ein blühendes kräftiges Mädchen, ist am 12. April 1902, so befindet der Arzt, einem Luftröhrenleiden erlegen. Die Bräutigams soll zuweilen derartig mit stinkigem Rauch und Qualm angefüllt gewesen sein, daß ein Leben in diesem Weien darin überhaupt nicht erträglich war. Dem Magistrat wurde vorgeworfen, daß er keine Abhilfe geschaffen und in dem Entschädigungsprozess Specht nachher mit unzulässigen Mitteln gekämpft habe. Die Stadtgemeinde ist schließlich verurteilt worden und die beschließende Strafkammer hatte das Verleumdungsverfahren gegen Brinmann und Specht abgelehnt. Auf eingeleitete Beschwerden bei dem Oberlandesgericht in Rammberg wurde das Verfahren democh eröffnet, und der Staatsanwalt beantragte heute gegen Brinmann die Verurteilung von 3 Monaten Gefängnis. Rechtsanwalt Markus-Dessau sagte, der Magistrat scheine in dem Zivilprozess nach der Parole gekämpft zu haben: „Wir werden... Specht schon müde machen.“ Specht wurde schließlich mit 50 und Brinmann mit 100 Mark bestraft.

g. Halle, 10. Februar. (Zur Schweineernte.) Heute stand der Festtag der bedeutendsten hiesigen Fleischerei, Fleischermeister Paul Spengler von hier, der einen Jahresumsatz von 600 000 Mark hatte, wegen Kontursbergehens vor der Strafkammer. Als der Angeklagte erklärte, die horrenden Schweinepreise hätten ihn zum Bankrott getrieben, warf man ihm vor, daß er auch etwas leichtsinnig gelebt und in Antimierkneipen verkehrt habe. Spengler meinte, der Einkauf der „Schweine auf dem Lande“ bringe den Verkehr „in Damentheben“ zuweilen mit sich; über seine Vermögenslage habe er nicht hinaus gelebt. Die Gläubiger verlangen 90 000 Mark und werden 10 Prozent erhalten. Der Staatsanwalt meinte: „Man sieht, welche große Geschäfte heute zugrunde gehen“ und dachte dabei vielleicht wie Job: „Reichthum ist nicht.“ Der Angeklagte wurde wegen einfachen Bankrotts zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Döberleben, 12. Februar. (Einen Beinamen) soll unsere Stadt haben, um künftige Verwicklungen mit Döberleben, die jetzt häufig vorkommen, zu vermeiden. Die Magdeburger Eisenbahndirektion hat dazu die Anregung gegeben. In der letzten Stadtdirektoren-Sitzung wurde diese Frage behandelt. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht: „an der Bode“, „an der Elbe“, „Döberleben“, „Groß-Döberleben“. In einem Beschluss kam es jedoch nicht. Dem Magistrat wurde die Wahl einer geeigneten Bezeichnung übertragen, und zwar soll er vornehmlich dabei den Namen Groß-Döberleben berücksichtigen.

Quedlinburg, 11. Februar. (Kartellbericht.) In der Sitzung vom 8. Februar ergab die Feststellung der Präsenzliste die Anwesenheit von 12 Delegierten. Unentschuldig fehlten zwei Delegierte der Bauarbeiter, ein Dachbeder und ein Kupferknecht. Entschuldig hatten sich ein Buchdrucker und ein Gärtner. Nach der Verlesung des Protokolls von der vorigen Sitzung wurden die in der letzten Sitzung zurückgestellten Vorstandswahlen vorgenommen. Als Vorliegende wurden die Herren Rajs und Wänd, als Schriftführer Genosse Kaffenberger wiedergewählt. Genosse Wölter wurde als Kassierer und die Genossen Götzsch und Sauerstein als Revisioner gewählt. Außerdem wurden die verschiedenen Kommissionen neu gewählt. Hierbei entspann sich eine lebhaft Diskussion, in der von allen Seiten betont wurde, daß es wünschenswert sei, daß hauptsächlich die Arbeiterschulungskommission im neuen Jahre besser Oberacht auf die auf Bauten zu vorhandenen Mißstände gebe, um dort Abhilfe zu schaffen. Dazu wurde von verschiedenen Rednern gesagt, daß die Delegierten von mehreren Gewerkschaften, so die Dachbeder, Gärtner usw., auch in diesem Jahre wieder in der Kartellung durch Abwesenheit glänzten. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Vorständen der betreffenden Organisationen hiervon Mitteilung zu machen, damit auch hier Abhilfe geschaffen werde. Auch wurde der Wunsch geäußert, die Sitzungen etwas pünktlicher beginnen zu lassen, damit dieselben nicht immer bis nach Mitternacht dauern. Eine lebhaft Diskussion entspann sich über die ungenügenden Gänge in der Vereinigten Handwerker-Dankrankenanstalt. Hierüber werden wir später berichten.

Stahlfurt, 12. Februar. (Die Folgen eines Vergnügens.) Der Theater-Verein zu Stahlfurt, dessen Vorsitz der Handelsmann Sebastian Müller ist, hielt am 18. März 1905 in Lokale der Witwe Katharine Diebener, geborenen Ruff, hierseits ohne polizeiliche Erlaubnis eine Langluftbar für ab. Das Schöffengericht erachtete auf Grund des Beweisergebnisses für erwiesen, es sei eine öffentliche Lustbarkeit gewesen, und verurteilte daher die beiden Angeklagten am 1. August zu je 15 Mark Geldstrafe oder 3 Tagen Haft. Ihre Verurteilungen wurden am 4. Oktober von der Magdeburger Strafkammer verworfen. Auch die Revision des Müller wurde vom Kammergericht in Berlin am 23. Dezember verworfen, bezog sich der Witwe Diebener aber das Urteil der Berufungskammer aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die hiesige zurückverwiesen, um festzustellen, ob die Witwe, die durch ihren Sohn vertreten wurde, Kenntnis davon hatte, daß in ihrem Lokale eine öffentliche Langluftbar abgehalten wurde. Nach dem Beweisergebnis war ihr dies nicht bekannt, sie hatte auch das Vergnügen nicht mit veranstaltet. Das Landgericht Magdeburg hob daher das erste Urteil auf und sprach die Witwe Diebener frei.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 10. Februar 1906.
Erfolgreiche Verurteilung. Der Schiffer Gustav Schlier hier, geboren 1881, bedröhte und beleidigte am 30. Oktober v. J. den Vorarbeiter Schulenburg, indem er ihn mit einer Wasserkanne, schrieigte ihn und ließ ihn gegen einen eisernen Laternenstengel schlagen. Wegen dieser Straftaten wurde der Angeklagte vom Schöffengericht am 19. Dezember

zu 2 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt. Der Verletzte hat sich später verzeihen. Die Berufungskammer ließ die Gefängnisstrafe wegsfallen und belegte den Angeklagten mit 70 Mark Geldstrafe oder 14 Tagen Gefängnis.

Arbeitgeber und Ortskrankenliste. Der Kaufmann Heinrich Friede hier, geboren 1889, beschäftigte im August 1905 in seinem Betriebe eine jugendliche Arbeiterin, die er innerhalb drei Tagen nicht zur Ortskrankenliste anmeldete. Das Schöffengericht erkannte am 4. November auf Freisprechung, weil das Arbeitsverhältnis am ersten Tage nur ein probeweises gewesen sei. Die Berufungskammer hob das Urteil auf und erkannte auf 8 Mark Geldstrafe oder 1 Tag Haft.

Arzt und Hebamme. Bei der Entbindung der Frau Schiller zu Altenplathow am 8. Mai 1905 wurde neben der Hebamme Marie Ginge auch der praktische Arzt Dr. Gottschall zu Genthin zugezogen, der die Wöchnerin weiter bis zum 11. Mai behandelte. Am folgenden Tage wurde sie auf Anordnung des Arztes, da ihr Krankheitszustand es erforderte, nach Magdeburg in die Klinik des Dr. Siebenkopf überführt. Hinterher wurde dem Arzt mitgeteilt, die Hebamme habe sich über ihn dahin geäußert, er habe sich bei der Behandlung der Frau die Hände nicht gewaschen, während ihr als Hebamme die allerpenhlichste Sauberkeit zur Pflicht gemacht sei. Dieser schwere Vorwurf führte zu einer Privatklage gegen die Hebamme wegen Verleumdung. Sie wurde vom Schöffengericht aber am 16. Oktober freigesprochen, weil ihr der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zugebilligt und angenommen wurde, ihr habe das Bewußtsein, ihre Äußerung könne geeignet sein, die Ehre des Arztes zu kränken, vollständig gefehlt. In der Berufungsverhandlung behauptete der Privatkläger, daß die Wöchnerin überhaupt nicht am Kindbettfieber erkrankt gewesen sei und daß er bei ihrer Behandlung vorchriftsmäßig verfahren sei. Er habe sich auch vor der Untersuchung die Hände mit Seife und desinfiziertem Wasser gewaschen, was die Hebamme entschieden bestreitet. Sie will sich darüber auch nur mit der Gemeindefürsorge Weiz, die zugegen war, unterhalten haben und dabei geäußert haben, wenn Frau Schiller am Kindbettfieber erkrankt, müsse sie, die Hebamme, Anzeige erstatten. Der Arzt erklärte, die Hebamme sei bei dem Vorfall gar nicht anwesend gewesen, und diese Behauptung wurde von mehreren einwandfreien Zeuginnen eidlich bestätigt. Der Hebamme Semlin zu Altenplathow hat die Angeklagte auf Vorhalt erklärt: „Wie kann ich so etwas gesagt haben, ich war ja gar nicht zugegen!“ Gegen die Schwester Weiz schwebt wegen ihrer eidlichen Aussage vor dem Schöffengericht, wonach sie und die Angeklagte zugegen waren, als der Arzt am 9. Mai vormittags die Untersuchung der Wöchnerin vornahm, ein Meineidsverfahren. Die Zeugin verbleibt bei ihrer ersten Aussage und bekundet, der Arzt habe sich vor der Untersuchung seine Hände nicht gewaschen. Frau Ginge habe gleich darüber gesprochen, als der Arzt sich wieder entfernt hatte. Die Zeugin Frau Schiller bekundet direkt das Gegenteil. Ihrer Aussage schließen sich andre Zeuginnen an. Die Schwester Weiz wurde wegen Verdachts der Begünstigung der Angeklagten nicht verurteilt. Die Berufungskammer hob das erste Urteil auf und verurteilte die Hebamme Ginge wegen verleumderischer Verleumdung zu 3 Monaten Gefängnis. Nach der Ueberzeugung des Gerichts hat die Zeugin Schwester Weiz die Unwahrheit bekundet und die Angeklagte eine unwahre Tatsache verbreitet.

Landgericht Halberstadt.
Sitzung vom 10. Februar 1906.
Widerrechtliches Jagen. Der Arbeiter Karl Rünaus aus Quedlinburg wird beschuldigt, am 22. Oktober vorigen Jahres in der Quedlinburger Feldflur gewildert zu haben. Bei seiner Festnahme bedrohte er den Feldpolizisten mit dem Gewehr und ergriff dann die Flucht. Der Angeklagte, welcher schon häufiger wegen gleichen Vergehens vorbestraft ist, wird wegen widerrechtlichen Jagens und Bedrohung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

Unterdrückung und Betrug. Der Geschäftsführer Wilhelm Diekmann aus Ebingenrode war bei der Firma Gebr. Schäfer zu Halberstadt in Stellung. Er wird beschuldigt, in den Jahren 1902-03 der Firma gehörige Gelder einseitig und für sich verwendet zu haben. Die untergeschlagene Summe betrug 2297,35 Mark. Hiervon hat er nachträglich 792 Mark gedeckt. Der Angeklagte gibt zu seiner Unterschuldung an, er habe zu wenig Speien erhalten. Der Gerichtshof kommt zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte in vollem Umfang unschuldig ist. Demzufolge lautet das Urteil auf 6 Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe oder weitere 100 Tage Gefängnis.

* Die Engelmacherin. Wir berichteten in unserer Nr. 35, daß das Berliner Schwurgericht die Frau Piathezeck zu 4 Jahren Gefängnis verurteilte, weil sie durch brutale Mißhandlungen eines in ihrer Pflege befindlichen 3½-jährigen Mädchens dessen Tod herbeigeführt hatte. Ueber die Gerichtsverhandlung sei folgender Bericht wiedergegeben: Das Kind befand sich ursprünglich in guter Pflege, wo es gut verjagte, sauber und in ausgezeichnetem Ernährungszustande gehalten wurde. Die Pflegemutter erkrankte jedoch, und so kam das Kind zu der Angeklagten. Hier wurde es, wie die Beweisaufnahme ergab, in der brutalsten Weise behandelt: es kam in kein Bett, mußte auf dem Fußboden, oft ohne jede Unterlage, schlafen. Eine operierte „Gasenjanke“, an der das Kind litt, war derart vernachlässigt, daß dem unglücklichen Geschöpf, das als ein hübsches, freundliches, artiges Kind geschildert wurde, der Eiter aus Mund und Nase lief. Als die Angeklagte dem Kinde auf Anregung einer Nachbarin ein Tuch zum Abwischen reichete, schlug sie das Kind damit vorher heftig ins Gesicht. Nachbarsleute hörten fast ständig Lärm und Geräusch, als ob das Kind gegen die Korridorwände gestoßen würde. Das Gellen von klappenden Schlägen wurde den ganzen Tag wahrgenommen, das Weinen und Schreien des Kindes war so arg, daß eine Nachbarin bitten ließ, die Fenster der Wohnung zu schließen, da es sonst nicht zum Aushalten sei. Das Kind habe furchtbar geschrien, bis in die letzte Zeit hinein, wo es nur noch habe wimmern können. Nachbarn haben nicht schlafen können vor dem Lärm der Schläge und dem Weinen des kleinen Mädchens, das zwischen erkenden die unflätigsten Schimpfworte, mit denen die kleine Duldnerin von der Pflegemutter belegt wurde. Schlägen wurden der Angeklagten, zu denen auch ihr eigener Knecht gehörte, erzählten von den barbarischen Mißhandlungen, denen das Kind ausgesetzt war. So wurde u. a. behauptet, daß die Angeklagte ihre Schweißbeihole an den Füßen gefaßt und durch die Klöße aufsteigend, dabei fortwährend mit Stoch, Handfeger oder Ausklopfen auf das Kind losgeschlagen. Antwortete die Gefeinigte auf die Frage, ob sie Hunger habe, mit „ja“, dann schickte es Schläge, verneinte sie die Frage, so erhielt sie gleichfalls Schläge. Häufig wurde das arme Weien mit Fußtritten traktiert, mußte vielfach hundertlang mit bloßen Füßen umhergehen usw. Wie es scheint, hat schließlich der Bräutigam der Tochter der Angeklagten, der mit der Abneigung seiner künftigen Schwiegermutter zu kämpfen hat, den Stein ins Rollen gebracht, und auch die eigne Tochter hat bei ihrer ersten polizeilichen Vernehmung die Mißthaten ihrer Mutter vollumfänglich bestätigt, bei weiteren Vernehmungen aber ihre Aussage verweigert. Bei dieser Verurteilung verbleibt sie auch im Termin. Am 24. August wurde das Kind in das Krankenhaus am Friederichsheim gebracht und starb am gleichen Tage. Dr. Verlonast, Hülfsarzt am Krankenhaus, schilderte den Befund, wie er sich bei der Aufnahme ins Krankenhaus zeigte: das Kind war fast bußlos, im höchst elendem Zustande; es ist gezeichnet an einer Kopfverletzung, die durch Stoch, Schlag oder dergleichen entstanden sein muß. Die beiden Sachverständigen, die die gerichtliche Leichenöffnung vor-

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 36.

Magdeburg, Dienstag den 13. Februar 1906.

17. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung.

Berlin, 10. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Interpellation Singer (Soz.) u. Gen.,

die folgenden Wortlaut hat:

Ist dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß durch Anherholung der reichsgesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen am 10. Juli 1905 auf der Kohlenzeche „Vorussia“ bei Dortmund ein Schachtbrand eingetreten ist, durch den 39 Arbeiter getötet worden sind? Was denkt der Reichstanzler zu tun, damit ähnlichen Grubenunglücksfällen vorgebeugt wird?

Auf die Anfrage des Präsidenten, ob und wann der Reichstanzler bereit sei, die Interpellation zu beantworten, erklärt Staatssekretär Graf Posadowski: Der Reichstanzler lehnt die Beantwortung der Interpellation ab, weil die bisherigen Untersuchungen nicht den geringsten Anhalt dafür geliefert haben, daß irgendwelche Verletzung reichsgesetzlicher Vorschriften Anlaß zu dem bedauerlichen Unglücksfall gegeben hat.

Abg. Singer (Soz.) beantragt auf Grund der Geschäftsordnung trotz Ablehnung der Beantwortung Besprechung der Interpellation. Für Besprechung der Interpellation, für die eine Unterstützung durch 50 Abgeordnete erforderlich ist, stimmen das Zentrum, die freisinnigen Parteien, die Sozialdemokraten und der dänische Abgeordnete.

(Staatssekretär Graf Posadowski hat den Saal wiederum verlassen.)

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. W e i l b u r g (Z.): Von den 39 Opfern der „Vorussia“-Katastrophe liegen noch heute 24 ungeborgen in der Erde und es ist fraglich, ob sie je ein andres Grab finden werden. Da muß es doch unangenehm berühren, daß der Reichstanzler aus Kompetenzbedenken die Beantwortung der Interpellation abgelehnt hat. Die Unfallverhütung ist Reichssache, geordnet im Unfallversicherungs-Gesetz. Freilich die Knappschichtgenossenschaft hat bisher noch keine Unfallverhütungsvorschriften erlassen. (Hört, hört! b. d. Soz.) So haben denn im preussischen Bergbau die preussischen Bergpolizei-Verordnungen ergänzend eingreifen müssen. Im weiteren Reichsgesetzen haben auf diesen Fall Gewerbeordnung und vor allem Strafgesetzbuch Anwendung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Tief bedauerlich aber ist, daß die Regierung bei einem so tragischen Fall nicht selbst das Bedürfnis hatte, Anstalt zu geben. Nicht agitatorischen Erfolg beabsichtigen wir, sonst hätten wir nicht sieben volle Monate gewartet. Aber wir wollen verhindern, daß man auch diese Verbrechen mit dem Mantel der Liebe zudeckt. Die Verhandlungen über die Interpellation weist im Abgeordnetenhaus haben uns nur gezeigt, wieviel da saul war im Staate Dänemark, und daß es doppelt merkwürdig ist, daß der Staatsanwalt so langsam eingeschritten ist. Drei Monate hat er zur Einleitung der Anklage, vier Monate bisher zur Voruntersuchung gebraucht (Hört, hört! b. d. Soz.), und noch hat man nicht einen Arbeiter vernommen, um Licht in das Dunkel zu bringen. (Hört, hört! b. d. Soz.) In Sachen ging man doch so schnell gegen die Demonstranten vor, man ist doch sonst so schnell bei der Hand, die „Bergarbeiter-Zeitung“ anzulagen; diesmal aber erhebt man trotz ausdrücklichen Ersuchens keine Anklage. Wahrscheinlich manchmal mahlen die Mühlen der Gerechtigkeit gar langsam. (Beif. Z. b. d. Soz.)

Die Lampe, deren Explosion den Brand verursachte, befand sich in einem alten, völlig schadhaften Gehäuse ohne Scheiben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Obwohl nach den bergpolizeilichen Vorschriften im Fallort gar keine Petroleumlampe brennen durfte, hat doch die Bergbehörde in dem ganz mit Holz ausgelegenen Fallort die Petroleumlampe konzeffioniert, deren Explosion an derselben Stelle schon 6 Wochen zuvor einen größeren Brand verursacht hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Kohlenhaub des Fallorts war wider Vorschrift nicht herichtet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Hydranten waren nach des Ministers Delbrück Worten in der Gile nicht zu finden; in der Tat wußte bisher niemand etwas von ihrem Vorhandensein. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Verriegelungsanlage war seit Monaten nicht in Funktion getreten. Das Unglück ist also durch die Außerachtlassung der not-

wendigsten Schutzmaßregeln und durch die Nachlässigkeit der Aufsichtsbeamten herbeigeführt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Zu den Rettungsarbeiten strömten alle Bergarbeiter herbei, auch die, die von den Grubenproben von der Zeche heruntergemastet worden waren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber die Rettungsapparate mußten erst von einer anderen Grube herbeigeholt werden. (Wiesdachs Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn das der Minister nicht für bestmündig erklärt, so ist das ein deutlicher Beweis für den traurigen Zustand des Bergarbeiter-Schutzes. Die Fahr- und Aufsichtswachen sind seit Jahren viel zu eng und niedrig, an den Leitern fehlten vielfach die Sprossen, die Leitern schwankten hin und her. Nach dem Unglück wurde ausgebessert. Was als das Zusammenstoßen unglücklicher Umstände galt, ist vielmehr das Ergebnis einer jahrelangen Lohnerwirtschaft. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.) Hat doch der Direktor Lindemann von der „Vorussia“ geklagt: „Wacht ihr denn, daß Verriegelungswasser kein Geld kostet? (Wiesdachs Hört, hört!) Die Verriegelung wird mit Grubenwasser statt mit Leitungswasser vorgenommen. (Hört, hört!) Aber die berühmte Untersuchungs-Kommission hat auf der „Vorussia“ keine Mängel gefunden. Dabei war auf der „Vorussia“ die Behandlung der Arbeiter niederträchtig schlecht. — Den Arbeiter, der mit dem unglücklichen Wurf des Holzstempels die Lampe zertrümmerte, triefte keine Schuld; gegen ihn ist auch niemand eingeschritten. Aufsichtsbeamte und Grubenverwaltung sind in gleichem Maße schuld an dem furchtbaren Unglück. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.) Es wäre sehr gut gewesen, wenn der Reichstanzler uns hier gelagt hätte, wie er in Zukunft diesen schweren Verlusten an Menschenleben vorzubeugen gedenkt. (Bravo! b. d. Soz.) Wir verlangen Ausbau der Berginspektion und Zuziehung von Arbeiterkontrollen. Selbst die Zechen würden mit einem vernünftigen Arbeiter-Schutz sich Millionen sparen. Wir erkennen an, was wirklich geleistet worden ist; aber durch vergoldete Pyramiden auf den Beltausstellungen lassen wir uns nicht blenden. Wenn wirklicher Arbeiterschutz geschaffen wird, so werden die Arbeiter schon Worte der Anerkennung finden. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Giesberts (Z.): Es war blamabel für die Sozialdemokratie, daß sie an dem Tage, da ihre eigene Interpellation auf der Tagesordnung stand, keine 50 Mann zur Stelle hatte. (Beif. Beifall b. d. Soz.) Das Zentrum hat im Landtag interpelliert, hält aber auch eine Besprechung hier im Reichstage nicht für überflüssig und behauptet, daß niemand von der Regierung abweichen ist. Es ist doch kein Wappenspiel, wenn fast 40 Bergleute so verunglücken. (Beifall.) Es ist oftmals Sparanstrengung an unrichtigen Ort, welche die Grubenverwaltung an der Einführung moderner Lampen hindert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Daß die Staatsanwaltschaft gegen die Verantwortlichen der Bergarbeiter-Zeitung nicht eingeschritten ist, legt allerdings die Vermutung nahe, daß etwas faul ist im Staate Dänemark. Die Zuziehung von Arbeiterkontrollen ist dringend notwendig, aber das Herrenmenschen-tum unter den Grubenmagazinen steht sich dagegen. Erst ein Reichsberggesetz kann gründliche Besserung schaffen. (Beif. Beifall i. Z.)

Abg. Dr. Wenner (nat.): Meine politischen Freunde haben im Abgeordnetenhaus schon alles Notwendige gesagt. (Zwischenruf b. d. Soz.) Herr Abgeordneter Hoffmann, wenn ich in Ihrer Sprache reden würde, so würde ich sagen: Ich bitte, mir nicht zu unterbrechen. (Zwischenruf des Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn ich so lange die Schulbank gedrückt hätte, wie Sie, würde ich ebenso gutes Deutsch sprechen und mir halb so dumm sein wie Sie. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) — Präsident Graf Ballerstein ruft den Abg. Hoffmann zur Ordnung.) Die Mitteilungen der Regierung hätten früher veröffentlicht werden müssen, um den maßlosen Uebertreibungen einer gewissen Presse vorzubeugen. Ueber die Schuldfrage hat das Gericht zu entscheiden. Die Grube „Vorussia“ wird seit 1903 mit Ruhrwasser bewässert. Die Holzverhütung des Fallorts liegt an dem finanziellen Mangel der Zeche, deren Gewerke trotz großer Opfer ein Stilllegungsangebot abgelehnt haben. Die Zechenverwaltung hat einen Unterhaltungsfonds von 40000 Mark für die Hinterbliebenen gestiftet. Von Arbeiterkontrollen ist kein Ansehen zu erwarten, sonst würden die Unternehmer selbst für ihre Einführung eintreten. Die Unternehmer haben doch am wenigsten ein Interesse daran, daß tagtäglich eine Explosion stattfindet. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Venzmann (Freis. Vp.): In unsern westfälischen Gruben herrscht vielfach geradezu empörende Zustände. (Sehr richtig! links.) Das Verhalten der Regierung ist unqualifizierbar. (Sehr richtig! links.) Nach den Ausführungen des Ministers Delbrück ist die Sach-

lage durchaus nicht geklärt; wie kann da Graf Posadowski kategorisch behaupten, daß keine Reichsgesetze verletzt sind? Daß der Staatssekretär den Saal verlassen hat, ist eine Mißachtung der Arbeiter wie des Reichstags. Warum hat man nicht wenigstens die Frage beantwortet, wann zuletzt auf der Zeche „Vorussia“ revidiert worden ist? Nach mir gewordenen Mitteilungen hat die letzte Revision vor mehreren Monaten stattgefunden. 7 Monate hat man für eine solche Untersuchung wahrhaftig nicht nötig. Als einmal 68 Bergleute gegen falsche Fördergefäße revoltierten, da war in wenigen Tagen die Anklage da (Hört, hört! links.) Und wie sieht diese Zeche aus? Es war die Zeche „Vorussia“ (Bewegung.) Selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat die schärfsten Worte über Aufsichtsbehörden und Grubenverwaltung gefunden. Eine reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens ist um so nötiger, als das preussische Berggesetz den Arbeitern keine statt Brau bietet. (Beif. Beifall links.)

Abg. Kulevski (Pole): Die Katastrophe ist durch mangelnde Ueberwachung und durch die Unwissenheit der Grubenbesitzer entstanden. Wären statt der Menschenlose in der Grube gewesen, so wären die Verhältnisse wohl verbessert worden. Aber Menschen sind ja so leicht zu erziehen! Für die nationalliberale Partei ist es charakteristisch, daß sie die Interessen der Grubenbesitzer zu den ihrigen macht. Die Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle hat sich in England trefflich bewährt. Aber die preussische Regierung kümmert sich nicht um das Wohl der Arbeiter. (Vizepräsident Dr. P a s c h e erklärt diese Äußerung für unzulässig.) Obwohl viele Polen im Bergbau beschäftigt sind, sorgt die Regierung nicht dafür, daß die Schutzvorschriften auch in polnischer Sprache angeschafft werden. Die preussische Regierung schützt nur die Mächtigen, nicht die Schwachen. Nur ein Reichsberggesetz kann Wandel schaffen. (Beifall b. d. Polen u. b. d. Soz.)

Abg. Hue (Soz.): Der Abgeordnete Heumer kennt die „Vorussia“-Gruben gar nicht. Die Bewässerung dieser Gruben mit Ruhrwasser steht nur auf dem Papier. Das nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“ hat längst vor der Katastrophe angegeben, daß auf der Zeche „Vorussia“ Sumpfwasser verwendet wurde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Zeche „Vorussia“ hat in der letzten Zeit viel Zuzüge erfordert, dafür hat sie aber 1870—74 12 bis 40 Prozent Dividende bezahlt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ueber die auffällig enge Verbindung des Landratsamts mit der Zeche „Vorussia“ werden wir noch zu reden haben. Die Erklärung des Ministers Delbrück war infanter sympathisch, als er nicht, wie früher oft von seinem Blase aus geschrien ist, die armen Opfer außerdem noch beschimpft hat. Die einfache Tatsache, daß die Regierung nicht durch einen Kommissar sich vertreten läßt, wenn über den Tod von 39 Bergarbeitern verhandelt wird, wird im Lande draußen ein brausendes Echo wecken. (Zustimmung b. d. Soz.) Ich behaupte, daß der Minister in wesentlichen Punkten falsch unterrichtet ist, und will das auch außerhalb des Hauses vertreten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Was in der „Bergarbeiter-Zeitung“ gefunden hat, habe ich drei Wochen nach dem Unglück in Gegenwart eines Polizeibeamteten, der sich einen Stenographen mitgebracht hatte, in einer Besprechung wiederholt. Ich habe alles getan, um die Herren zum Reden zu bringen, sie haben geschwiegen und sie wissen warum. So unheimlich mir der Betriebsführer Rühner ist, so kann ich doch nicht zugeben, daß er der Schuldige ist, denn die Unterbrechnen bis zum Betriebsführer hinauf werden gerade so drangsalirt und schikanirt wie die Arbeiter. Die Aufsichtsrate und Aktionäre dringen darauf, daß die Selbstkosten so viel wie möglich heruntergedrückt werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Höher hinauf müssen wir gehen, wenn wir den Schuldigen finden. Die armen Steiger werden auch gegen von Ponthus zu Ponthus. Nicht einmal der Direktor ist der eigentlich Schuldige, die eigentlich Schuldigen sitzen in den Bureaus der großen Bankhäuser von Berlin, Frankfurt, Köln usw. Von dort aus wird über das Leben von Hunderttausenden von Bergarbeitern verfügt. Hoch hinauf in die Kreise der Geldaristokratie im Ruhrgebiet muß man also fassen. Im Aufschwatzen sitzen Herren, die zu gleicher Zeit eine maßgebende Rolle spielen in der Essener Kreditanstalt, dem Hauptbankgeschäft für die Montanindustrie im Ruhrgebiet. Der Minister sagte, bei der Rettungsapparate habe sich herausgestellt, daß die Handhabung der Rettungsapparate eine sehr schwierige Sache sei, und daß es dem Personal an der nötigen Schulung fehle. Woher kommt denn das? Auf der Zeche „Schanrod“ war die Arbeiterschaft vorzüglich in der Handhabung der Rettungsapparate geschult. 1898 ist von den Gewerbeinspektoren aus Anlaß

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von A. L. A. Müller-Fahule.

(53. Fortsetzung.)

Acht Tage nach jenem furchtbaren 1. Mai fandte ich das Geld an Vincenti ab. Ja, ich überwand mich so weit, — zum erstenmal auf seine ungeheuerlichen Anschuldigungen antwortend, — ihm in kurzen Worten mitzuteilen, daß meine Mutter nach der Lektüre seines Briefes vom Schläge gerührt worden sei, und daß ich hoffe, Gott werde ihm am Tage des Gerichts verzeihen, was er an seinem Kinde und an der alten Frau gefwehlt hatte.

Wir haben nie wieder voneinander gehört.

Meine Mutter erholte sich langsam, obwohl im ersten Jahre die Anfälle noch häufig wiederkehrten. Aber Geist und Willenskraft hatten gelitten. Sie war eine wandelnde Ruine geworden, die kaum für ein andres noch Interesse hatte als für ihr eignes körperliches Wohlbefinden.

Langsam verlor sich auch die Furcht vor der Entdeckung, vor der öffentlichen Bloßstellung. Und je weiter diese Furcht entschwand, desto liebevoller wurde meine Mutter wieder zu mir. Ich aber konnte ihre Zärtlichkeit nicht mehr erwidern, so heiß ich auch bemüht war, ihr wenigstens eine gute und pflichtgetreue Tochter zu sein. Das Band zwischen uns hatte sie in jener furchtbaren Stunde, in der die Herzen offenbar wurden, selbst zerschneiden mit den scharfen Worten: „Das war dir recht gechehen.“

Mühte lagen zwischen uns und abgrundtiefe Meere. Ich arbeitete für sie vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht hinein, ohne irgend eine Befriedigung zu empfinden. Freilich auch das Gefühl der Schuld erlachte allmählich in mir. Ich erkannte, daß diese Abgründe schon lange, lange zwischen uns bestanden hatten, daß die durch unsre so grundverschiedene Erziehung, unser Leben und unsre Arbeit bedingten, himmelweit voneinander entfernten Anschauungen es waren, die sie gerissen hatten, und daß nur die Pietät, Muttergefühl und kindliche Liebe, die verbindende Brücke

zwischen uns dargestellt hatten, — bis der zerschmetternde Blitzstrahl aus dem Himmel fuhr.

Meine Mutter hat schwer gelitten in den letzten Jahren, durch den Mangel an Zärtlichkeit meinerseits ebenso wie durch mein immer härteres zur Geltung kommendes Selbstgefühl. Ich war kein geknittert Grashalm mehr, der vor jedem Lusthauch zittert. Meine Kraft erstarkte, und mein Talent erwuchs.

Du: wieviel Gedichte, die nicht schlecht waren, hab' ich damals für ein lumpiges Hüftmarkstück, ja manchmal auch für einen Taler schreiben müssen. . . . und wieviel Hülte habe ich in meinen Abendstunden aufgesteckt, wieviel Senden für Geld genäht und gestickt, wenn kein Bedarf für meine Poesie da war!

In jener Zeit kam der kleine Gymnasiallehrer aus Posen wieder, um mich als sein Weib heimzuholen in sein eignes Nest.

Ich öffnete ihm die Korridor-tür und erkannte ihn nicht. Ich fragte ihn nach seinem Namen.

Er wurde sehr blaß. Ich sah es im Dämmerdunkel des Korridors.

„Fräulein Wilma — ich komme wieder. Meine Mutter ist gestorben, meine Schwester verstorben. Ach, und die Zeit war so lang, so lang —“

Da legte ich langsam meine Hand auf die seine. „Und Sie kommen zu spät, mein Freund.“

Ein hüßlicher Blick aus seinen treuen, grauen Augen flog über mich hin.

„Sie haben — Sie sind —?“

„Ich habe erkannt, daß zur Ehe eine starke Liebe von beiden Teilen gehört. Wollen Sie — wollen Sie mit einer starken Freundschaft vorlieb nehmen?“ —

Da jährtelte er stumm verneinend das Haupt, neigte das Gesicht über meine Hand und drückte einen Fuß auf meine zerstochnen Finger.

Eine Träne stand in seinem Auge, — sie fiel nicht. Dann ist er gegangen.

Behutsam schloß ich die Tür hinter ihm, damit meine Mutter seinen Schritt nicht höre.

Und arbeitete weiter: schrieb und rechnete, machte Berie und häute Wäsche — noch drei Jahre lang.

Und nach drei Jahren hatte ich meinem Vetter das Darlehen zurückgezahlt, hatte meiner Mutter die müden, verweinten Augen zugebracht — und durfte mit freien Blicken zur Sonne emporschauen, in dem stolzen Bewußtsein: Ich habe auch ein Recht an dich!

Ein Recht an dich, du heilige Mutter Sonne — —

Du tauchst empor aus Tau und Tag;
Du wandelst über Haun und Hag,
Du liebes, leuchtende Sonne . . .
Du gibst dem Raß den Mäutenchein
Und gibst dem Herbst den Feuerwein
Und allem Leben Sonne.

Du bist das große, reine Licht,
Das sich in schillernden Sumpfen bricht
Und Lilien lockt aus Tiefen:
Du bist die Schleierlebende,
Die Zeugende, Beflebende,
Nach der die Keime riesen.

Große Mutter, in deinem Licht
Werde ich fromm. Mein Trost zerbricht,
Meine Lippen lernen das Beten.
Ich bin bereit, aus Nacht und Schuld
In deinem Tag, in deiner Huld
Flammenden Kreis zu treten.

Große Mutter, mein Fehlen und Jern
Bekenne ich dir, ich neige die Stirn
Vor den Schatten auf Erden;
Ich war so schwach, ich war so klein. —
Große Mutter, ich war nicht dein;
Aber dein will ich werden!

In einem lauterem Goldpostal
Fange ich jeden leuchtenden Strahl
Der lebendigen Sonne . . .
Meine Stirn wird klar, mein Arm wird stark:
Ins Leben giebt du mir Blut und Mark
Und ins Sterben mir Sonne.

Sterben, Mutter? — Mein Lachen klingelt
Auf den Flügeln der Lerche schwingt
Es sich hoch in ewige Höhen . . .
Sterben mag, was da taub und blind!
Sonnengestrahlt wird dich dein Mund
Tausenden Lebens freuen.

(Schluß folgt.)

... Unfalls auf der Beche „Vorfissa“ und der Beche „Hollern“ ...

... von Kuttamer habe ihm erklärt: „Wir wissen ja, daß in der ...

... schlossen sei, rüdtlings abgestürzt und hatte durch den ...

214. Königlich Preussische Klassenlotterie.

2. Klasse. 2. Ziehungstag. 10. Februar 1906. Vormittag.

Table of lottery numbers for Class 2, 2nd drawing day, 10th February 1906, morning. Includes columns for numbers and prizes.

214. Königlich Preussische Klassenlotterie.

2. Klasse. 2. Ziehungstag. 10. Februar 1906. Nachmittags.

Table of lottery numbers for Class 2, 2nd drawing day, 10th February 1906, afternoon. Includes columns for numbers and prizes.

214. Königlich Preussische Klassenlotterie.

2. Klasse. 2. Ziehungstag. 10. Februar 1906. Nachmittags.

Table of lottery numbers for Class 2, 2nd drawing day, 10th February 1906, afternoon. Includes columns for numbers and prizes.

Die Ziehung der 3. Klasse beginnt am 9. März etc.

Bermischte Nachrichten.

* Spiritismus und Kriminalpolizei. Großes Aufsehen haben ...

Bermischte Nachrichten.

... von Kuttamer habe ihm erklärt: „Wir wissen ja, daß in der ...

Bermischte Nachrichten.

... schlossen sei, rüdtlings abgestürzt und hatte durch den ...

... die erste... die zweite... die dritte... die vierte... die fünfte... die sechste... die siebte... die achte... die neunte... die zehnte... die elfte... die zwölfte... die dreizehnte... die vierzehnte... die fünfzehnte... die sechzehnte... die siebenzehnte... die achtzehnte... die neunzehnte... die zwanzigste... die einundzwanzigste... die zweiundzwanzigste... die dreiundzwanzigste... die vierundzwanzigste... die fünfundzwanzigste... die sechsundzwanzigste... die siebenundzwanzigste... die achtundzwanzigste... die neunundzwanzigste... die dreißigste... die einunddreißigste... die zweiunddreißigste... die dreiunddreißigste... die vierunddreißigste... die fünfunddreißigste... die sechsunddreißigste... die siebenunddreißigste... die achtunddreißigste... die neununddreißigste... die vierzigste... die einundvierzigste... die zweiundvierzigste... die dreiundvierzigste... die vierundvierzigste... die fünfundvierzigste... die sechsundvierzigste... die siebenundvierzigste... die achtundvierzigste... die neunundvierzigste... die fünfzigste... die einundfünfzigste... die zweiundfünfzigste... die dreiundfünfzigste... die vierundfünfzigste... die fünfundfünfzigste... die sechsundfünfzigste... die siebenundfünfzigste... die achtundfünfzigste... die neunundfünfzigste... die sechzigste... die einundsechzigste... die zweiundsechzigste... die dreiundsechzigste... die vierundsechzigste... die fünfundsechzigste... die sechsundsechzigste... die siebenundsechzigste... die achtundsechzigste... die neunundsechzigste... die siebenzigste... die einundsiebzigste... die zweiundsiebzigste... die dreiundsiebzigste... die vierundsiebzigste... die fünfundsiebzigste... die sechsundsiebzigste... die siebenundsiebzigste... die achtundsiebzigste... die neunundsiebzigste... die achtzigste... die einundachtzigste... die zweiundachtzigste... die dreiundachtzigste... die vierundachtzigste... die fünfundachtzigste... die sechsundachtzigste... die siebenundachtzigste... die achtundachtzigste... die neunundachtzigste... die neunzigste... die einundneunzigste... die zweiundneunzigste... die dreiundneunzigste... die vierundneunzigste... die fünfundneunzigste... die sechsundneunzigste... die siebenundneunzigste... die achtundneunzigste... die neunundneunzigste... die hundertste... die einhundertste... die zweihundertste... die dreihundertste... die vierhundertste... die fünfhundertste... die sechshundertste... die siebenhundertste... die achthundertste... die neunhundertste... die tausendste...

... die erste... die zweite... die dritte... die vierte... die fünfte... die sechste... die siebte... die achte... die neunte... die zehnte... die elfte... die zwölfte... die dreizehnte... die vierzehnte... die fünfzehnte... die sechzehnte... die siebenzehnte... die achtzehnte... die neunzehnte... die zwanzigste... die einundzwanzigste... die zweiundzwanzigste... die dreiundzwanzigste... die vierundzwanzigste... die fünfundzwanzigste... die sechsundzwanzigste... die siebenundzwanzigste... die achtundzwanzigste... die neunundzwanzigste... die dreißigste... die einunddreißigste... die zweiunddreißigste... die dreiunddreißigste... die vierunddreißigste... die fünfunddreißigste... die sechsunddreißigste... die siebenunddreißigste... die achtunddreißigste... die neununddreißigste... die vierzigste... die einundvierzigste... die zweiundvierzigste... die dreiundvierzigste... die vierundvierzigste... die fünfundvierzigste... die sechsundvierzigste... die siebenundvierzigste... die achtundvierzigste... die neunundvierzigste... die fünfzigste... die einundfünfzigste... die zweiundfünfzigste... die dreiundfünfzigste... die vierundfünfzigste... die fünfundfünfzigste... die sechsundfünfzigste... die siebenundfünfzigste... die achtundfünfzigste... die neunundfünfzigste... die sechzigste... die einundsechzigste... die zweiundsechzigste... die dreiundsechzigste... die vierundsechzigste... die fünfundsechzigste... die sechsundsechzigste... die siebenundsechzigste... die achtundsechzigste... die neunundsechzigste... die siebenzigste... die einundsiebzigste... die zweiundsiebzigste... die dreiundsiebzigste... die vierundsiebzigste... die fünfundsiebzigste... die sechsundsiebzigste... die siebenundsiebzigste... die achtundsiebzigste... die neunundsiebzigste... die achtzigste... die einundachtzigste... die zweiundachtzigste... die dreiundachtzigste... die vierundachtzigste... die fünfundachtzigste... die sechsundachtzigste... die siebenundachtzigste... die achtundachtzigste... die neunundachtzigste... die neunzigste... die einundneunzigste... die zweiundneunzigste... die dreiundneunzigste... die vierundneunzigste... die fünfundneunzigste... die sechsundneunzigste... die siebenundneunzigste... die achtundneunzigste... die neunundneunzigste... die hundertste... die einhundertste... die zweihundertste... die dreihundertste... die vierhundertste... die fünfhundertste... die sechshundertste... die siebenhundertste... die achthundertste... die neunhundertste... die tausendste...

hiese, einen solchen Kaufvertrag zu unterzeichnen, und sollte es dem Erzbischof und seinen Genossen auch den Kopf kosten. Er gestand es offen ein: das hiese das Recht der Kriegführenden anerkennen und die nationale Souveränität der Versammlung untergraben. Die einzige Hoffnung, die vielleicht noch blieb, war nicht, wie die Union der jändifalen Kammern wünschte, daß beide Parteien die Waffen niederlegten und, die Kommune wie die Nationalversammlung, sich der Wiederverwahl des Landes unterwarfen, auch nicht, wie der „Temps“ präkonisierte, daß ein fünfundzwanzigtägiger Waffenstillstand erklärt und eine neue Kommune gewählt würde unter den Formen des von der Nationalversammlung votierten Gesetzes und mit dem Auftrag, über die Grundlagen der Aufrechterhaltung der Republik, der municipalen Freiheiten und einer allgemeinen Kammer zu unterhandeln. Ebenjowenig waren es all diese individuellen Projekte, welche auf verschiedene Lösungen hinarbeiteten; gestern Henri Martin, heute Viktor Considérant. Nein, wenn es noch die Möglichkeit einer Rettung gab, dann lag sie darin, daß die großen Städte Thiers' Erklärungen nicht für bare Münze nahmen, nur auf das Gebot der Solidarität und die Stimme ihres Herzens hörten. Daß alle Widerstand leisteten, um Paris vor der Verwüstung zu schützen! Am 25. hatte Bordeaux die Initiative ergriffen, um die Vertreter der Städte Frankreichs in einem Kongress zu vereinigen. Sie sollten aus den künftigen Municipalräten gewählt werden, die man am 30., in Ausübung des neuen Gesetzes, in ganz Frankreich wählen sollte. So würde das allgemeine Stimmrecht sie, einer auf zwanzigtausend Einwohner, designieren, damit sie in geheimer Versammlung über die Mittel berieten, dem Bürgerkrieg Einhalt zu tun und die Republik zu befestigen. In diesem nationalen Wirken, in diesem vereinigten Willen der Städte lag das letzte Rettungsmittel. Thedenat wiederholte sich, was ein Dillert von Boncet, durch die andernatliche Magd ihm überbracht, ihm gemeldet hatte. Ermalet und durch das Ausbleiben jeder Nachricht von Martial beunruhigt, teilte der Chemiker ihm mit, daß er die drei Delegierten von Bordeaux nach ihrer Ankunft aufgesucht habe. Ihre Berichte über die Sitzung der Liga lauteten ziemlich ungünstig. Thiers und Parteiführer-Saint-Gilles kamen wieder einmal ihr höhnisches Ultimatum gestellt. Gleichviel, wenn nur der Kongress zustande kam und die großen Städte ihre Wünsche zum Ausdruck brachten! Denn trotz der schwülstigen Füllkorbe, mit denen Thiers die Provinz überhäufte, hoffte Thedenat von der edlen Saat des Jahres 1789, von der Revolution den langsamen aber stetigen Fortschritt des Jahrhunderts. Gewiß war von der Landbevölkerung, von den zu dem Schicksal Erde, das sie ernährte, heimkehrenden Soldaten noch nichts zu erwarten, während aus den Städten, den großen Kräftezentren, die bei der Bewegung der Kommune geformt

erregten ihre Bewunderung. Diese Leute stammten von Salomon ab, sie machten die Könige zittern, sie regierten von ihren unterirdischen Stätten aus die Welt... Thedenat lächelte. Von ferne folgte er den Wogen der zurückstauenden Flut und überschritt den mit Neugierigen überfüllten Karussellplatz. Es hätte ihm Spaß gemacht, dem Empfang im Rathhaus beizuwohnen, doch scheute er die Ermüdung und auch die Hohlheit dieser Zeremonie. Und zufrieden, sich unter das Volk zu mischen, dessen Verführung, dessen ursprüngliches, leichtgläubiges, prahlerisches Wesen, dessen leichtentfachten Enthusiasmus er liebte, wandte er sich nach links, dem Konfordienplatze, wo die große Barrikade des Bürger Gaillard sich zu erheben begann, und den Champs-Élysées, in deren breiten, schattigen Alleen er sich so gern erging. Kanohi, leichtgläubiges Volk! Und leichtgläubig auch diese Männer voll Großmut und kindlichem Glauben, die sich einbildeten, mit dem Pomp ihres heroden Glitterwerks, mit den Emblemen ihrer Menschenliebe dem Angreifer imponieren und die wütenden Rachen der Kanonen zum Schweigen bringen zu können! Thedenat konnte nicht umhin, die heroische Selbstlosigkeit, das feste Vertrauen zu bewundern, welche diese Männer, zum großen Teile bejahrt und in gesicherten Lebensverhältnissen, drängten, sich denen zuzuwenden, die im voraus verurteilt und besiegt waren, dieser unfähigen und gewalttätigen Kommune, die vergeblich gegen das Chaos, aus dem sie hervorgegangen, ankämpfte, deren erste Aufwallung, deren dunkles Gefühl jedoch legitim waren und jedenfalls höher standen, als die greisenhafte Verblendung und die gehässige Verstandnislosigkeit Thiers' und der Nationalversammlung. Trauriges Los, für ein Ideal zu leben, den Glauben an eine bessere, bessere Menschheit in sich zu tragen und sich an der Vernünftigkeit der Seele, der Wildheit der Instinkte wundzureiben. Er dachte an die wütende Schmach eines Nacaneune, an die Reinheit seiner Träume, und fühlte mehr Sympathie für diese Sucher nach dem Absoluten, die, der fernen Zukunft zustrebend, über die Hindernisse der Gegenwart frauchelten, als für die hartnäckig sich an die fossile Vergangenheit festklammernden Nachzügler und Rückschrittler. Welch eine Rolle übernahm Thiers? Ein vor eine Riesenaufgabe gespannter Homunkulus, dessen großes Talent sich in der Diplomatie und in Geschäften zeigte, und das darin bestand, im Verein mit den Deutschen, zum Besten der Interessen Frankreichs, eine Situation zu zutwischen, die zu verderben er vor allen anderen beigetragen hatte. Gewohnt, mit seinem klaren Fortschrittsbild das Dunkel der Geschäfte zu durchdringen, unterließ Thedenat deutlich die verworrenen Fäden, welche die Ereignisse leiteten. Die Nationalversammlung hielt zu Thiers nur im Bewußtsein der Mitschuld an der allgemeinen Gefahr, duldete ihn als den einzigen, der imstande war, mit dem fremden und dem inneren Feinde fertig zu werden, und fürchtete weniger seine verüber-

nommen haben, Geh. Rat Prof. Dr. Straßmann und Medizinrat Dr. Hoffmann — konnten diese Angaben nur bestätigen. Die Angeklagte versuchte alle gegen sie erhobenen schweren Beschuldigungen als Verleumdungen hinzustellen; die Beweisaufnahme fiel aber vollständig zu ihren Ungunsten aus. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof berücksichtigte die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten und erkannte auf 4 Jahre Gefängnis.

Militär-Justiz.

Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps.

Magdeburg, den 10. Februar 1906.

Zuchthausstrafe. Vom Kriegsgericht der 7. Division war der Mann Julius Wolf von der 1. Eskadron 16. Mannen-Regiment zu Salzwedel wegen Diebstahls in zwei Fällen, Fahnenflucht und Verweigerung von 2 Jahren Gefängnis, 3 Wochen Haft und erneuter Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft worden. Der Angeklagte hatte erfahren, daß er wegen seiner verschiedenen Verurteilungen, fünfmal mit Arrest und zweimal mit Gefängnis, in die Arbeiterabteilung verlegt werden sollte. Zu der beabsichtigten Fahnenflucht verschaffte er sich die Mittel, indem er in der Nacht zum 7. Dezember einem Trompetergezeiten Kleidungsstücke im Werte von 20 Mark entwendete, ferner durch Einbruch in die Kantine einige Schlachtwürste, Zigaretten und etwa 15 Mark Wechselgeld aus der Kasse stahl. Wolf reiste dann über Magdeburg nach Halle, ging in das Rheinland und wurde schon am 13. Dezember v. J. in Cochem durch einen Gendarmen festgenommen. Durch Gebrauch eines fremden Ausweispapieres und Verleugung eines falschen Namens bei der Festnahme hat er sich noch der Heberzeugung schuldig gemacht. Da Wolf, der von Beruf Wäcker und als Dreijähriger-Freiwilliger eingetretten ist, bereits im dritten Jahre dient, schon zweimal bei der Truppe wegen Diebstahls bestraft ist, darunter einmal mit 6 Monaten Gefängnis, hat der Gerichtsherr, während sich der Angeklagte bei dem Urteil berichtigte, Verurteilung eingeleitet. Er verurteilt höhere Strafe und Verlust der vorderen Ehrenrechte, wenn auch die Diebstahls als Mittel und Folge der beabsichtigten Fahnenflucht anzusehen seien. Der Vertreter der Anklage beantragt 2 Jahre Zuchthaus. Das Oberkriegsgericht sieht die Sache aber als noch härter an, da Wolf seinen wichtigen Grund zur Fahnenflucht gehabt habe (Witzhandlung, schlechte Behandlung u. dergl.), sondern er sollte nur die berechtigten Folgen seiner Vorstrafen tragen, und um sich diesen zu entziehen, habe er die Diebstahls begangen. Das Urteil der ersten Instanz wird aufgehoben und Wolf zu 2 Jahren 8 Monaten Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er nimmt die Strafe an.

„Die einzige Ehre, die er noch habe, sei die als Unteroffizier, und die wolle er auch behalten. Der Soldatenstand ist der höchste und ihm will er treu bleiben, sein Lebensziel.“ Diese und ähnliche Ausfahrungen machte der Unteroffizier der Landwehr-Maurer Richard Johann Kleinhold aus Kleinburg, um die durch Urteil des Kriegsgerichts der 8. Division gegen ihn ausgesprochene Degradation zu verhindern. Sie war die Folge seiner Verurteilung zu 1 Monat Gefängnis wegen Unterschlagung von 733,50 Mark, begangen aus großer Not infolge Krankheit (R. ist Vater von sechs Kindern). Die Verhandlung war seinerzeit ausgesetzt worden, um den Erfolg des beim Herzog von Meiningen eingereichten Gnadengesuchs abzuwarten. Da dieses Gesuch abgelehnt wurde, muß das Gericht trotz seines „Wohlmollens und menschlichen Mitleids“ mit dem R. aus militärischen Rücksichten die Degradation bestätigen. R. will ein „Gnadengesuch an den obersten Kriegsherrn, S. M. den deutschen Kaiser, einreichen.“

Ein Dienstunfähiger und Folgen des strengen Arrests. Der Kanonier Friedrich Franz von der 1. Batt. 74. Feldart. Regts. zu Vorgau ist vom Kriegsgericht der 8. Division zu Halle wegen Ungehorsams, Verweigerung von 2 Jahren Gefängnis im Ungerhorsam zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Vorfall ereignete sich am 1. Juli 1905 auf dem Truppenübungsplatz Döberitz, sechs Tage nach Verübung einer dreimonatigen Festungshaft. Als ein Gardeunteroffizier Krause dem Franz befohl, seinen Spaten wegzunehmen, hat dieser nach der Anklage in „unmilitärischer Haltung und mit lächelnder Miene“ geantwortet: „Das brauche ich nicht, ich bin zu Spatenarbeiten kommandiert und nicht zum Scheitenaufgeben, ich lege meinen Spaten nicht aus der Hand.“ Auf weitere Befehle soll Franz den Unteroffizier „frech angelächelt“ und noch gesagt haben: „Wenn der Spaten weglommt, muß ich ihn bezahlen.“ Nach dem kam R. den Befehlen schließlich nach.

Am 17. August wurde obiges Urteil gefällt, in dieser Verhandlung erlitt Franz Krampfanfälle. Fünf Tage vorher, am 12. August, soll R. sich als Arrestant gegenüber dem Arrestaufseher in Vorgau der Ungehorsamkeit und des Ungerhorsams vor versammelter Mannschaft schuldig gemacht haben, indem er laut, „unmilitärische Antworten“ gab und bei dem Spaziergang den vorgeschriebenen Abstand trotz Befehls nicht einhielt. Auf eine Frage des Feldwebels gab R. die Antwort: „Wenn der Feldwebel mich so dumm fragt, muß ich so antworten und lachen.“ Hierfür erhielt Franz auch drei Monate Gefängnis.

Gegen beide Urteile hat Franz Berufung eingelegt. Er beantragt seine Freisprechung, da er an Krampfanfällen leide und bei Begehung der betr. Taten nicht im Besitz seiner vollen Geisteskraft gewesen sei. Auf Grund der ärztlichen Gutachten wurden schon im April v. J. nach längerer Beobachtung im Lazarett verschiedene schwebende Verfahren gegen Franz eingestellt und, wie der Verhandlungsleiter heute mitteilt, wird Franz nach Erledigung der heutigen Fälle als dienstunbrauchbar entlassen werden. Eine schon am 6. Januar 1906 angelegte Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht mußte telegraphisch abgesetzt werden, da Franz, der längere Zeit im Lazarett und auch in der Klinik zu Halle zur Unternehmung war, schwere Krämpfe und starke Tobjuchtsanfälligkeit hatte, die teilweise öfter seine Unterbringung in eine Isolierzelle nötig machten. In seiner riesigen Erregung schrie R. auf alle ein, ließ nicht einmal seinen für ihn in Aussicht genommenen Verteidiger zu Worte kommen. In solchem Zustande hatte R. der hochgradig hysterisch ist, einen sehr roten Kopf, 140 bis 150 Pulsschläge, Gesichtsmengen usw., so daß er den Ansprüchen der Disziplin nicht gewachsen ist. Nach dem Gutachten des Stabsarztes Dr. Schubert ist es wohl möglich, daß die geschilderten Zustände infolge der vielen strengen Arreststrafen, die Franz erlitten und kurz hintereinander verübte, mit zum Ausbruch gekommen sind. Bei solchem Zustande ist die freie Willensmeinung und Beherrschung ausgeschlossen und R. daher nicht für seine Handlungen verantwortlich zu machen. Die Möglichkeit gibt der Sachverständige auch für die beiden Fälle am 1. Juli und 12. August zu. Moralisch minderwertig ist R. auch nach dem Gutachten des Oberarztes Dr. Minappe von der Verdienstliste zu Halle. Geistig ist er son gesund, aber stark hysterisch, so daß er nicht imstande ist, eine längere Gefängnis- oder Freiheitsstrafe überhaupt zu ertragen. Simulation sei bei der Häufigkeit und Schwere der Anfälle ausgeschlossen, trotzdem sei Franz aber für beide Straftaten verantwortlich.

Zur Beurteilung des Angeklagten, der 1882 in Halle geboren, von Beruf Arbeiter, und bereits 1903 eingetretten ist, sind seine Vorstrafen in Betracht zu ziehen, besonders die vielen Strafen mit Arrest, von denen er einmal in sieben Wochen 83 Tage abgemacht hat (!); das kann den stärksten Menschen schädigen. Er ist (im Zivil nur mit einigen Geldstrafen) im ganzen dreimal disziplinarisch mit Arrest (3 Tage Mittel) und in zehn Fällen mit 87 Tagen strengem Arrest bestraft worden, die er alle in der Zeit vom Juli 1904 bis März 1905 verbüßte. (!) Daraus schloß sich gleich eine dreimonatige Gefängnisstrafe wegen ver-

leumdung seiner Hauptmanns an, die er bis 26. Juni verbüßte.

Nach 5 Tagen beging dann Franz „im Keller, da das Motiv dazu fehlte, also ein Beweis für seine Geisteskrankheit“, wie der Vertreter der Anklage sehr richtig bemerkte, die erste strafbare Handlung wieder. Er beantragte den Angeklagten freizusprechen, da dieser bei Ausführung beider Handlungen nicht bei vollem Bewußtsein gewesen sei. Das Gericht beschließt Verurteilung und Einholen eines Obergutachten des wissenschaftlichen Senats der Kaiser-Wilhelm-Akademie zu Berlin. Nach dem Eindruck, den Franz in der Verhandlung gemacht habe, würde das Gericht zu seiner Verurteilung gekommen sein!

Neue Chronik.

Der größte Lump im ganzen Land...

Ein schwere Strafe wurde dem Bergmann Otto Kraushaar aus Steele zubilligt, der wegen willkürlich fälscher Anschuldbildung vor dem Strafkammer in Effen an der Ruhr stand. Er hatte vor einiger Zeit bei ihm bekannten Postler P. wegen einer Majestätsbeleidigung angezeigt, die sich dieser gelegentlich eines Spaziergangs mit ihm schuldig gemacht haben sollte. Die Unternehmung ergab jedoch die völlige Haltlosigkeit der Anzeige. Nun wurde der Demontant selbst unter Anklage gestellt und wegen seiner „grenzenlos gemeinen“ Handlungsweise zu 4 1/2 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Außerdem wurde seine sofortige Verhaftung im Gerichtsgefängnis angeordnet.

Gefällige Fleischstempel.

In einem Prozeß gegen ein Fleischermeister und deren Angehörige aus der Danziger Umgegend und einen Stempelhändler wegen schwerer Urkundenfälschung und beziehungsweise Beihilfe durch Benutzung gefälschter Fleischstempel hat das Danziger Schwurgericht folgende Strafen verhängt: zwei Angeklagte erhielten je 6 Monate, ein Angeklagter 9 Monate Gefängnis, einer wurde zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Der Stempelhändler erhielt 1 Jahr Gefängnis und 2 Wochen Haft.

Die Genickstarre.

Die Genickstarre dehnt sich im Landkreis Duisburg leider immer noch aus; bisher sind 48 Erkrankungen und 22 Todesfälle amtlich gemeldet.

Verstümmelt.

In Pfarrkirchen in Niederbayern wurden beim Neubau der Landwirtschafsschule durch einen Erdsturz fünf Arbeiter verstümmelt; zwei davon sind tot, drei schwer verwundet.

Ein Familiendrama.

Der in der Guldstraße in Hamburg wohnende Vertreter J. Härtel überraschte seine Frau mit einem fremden Mann. In der Wut zog Härtel einen Revolver und tötete seine Frau und sein drei Jahre altes Kind. Hierauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und verwundete sich durch einen Schuß in den Kopf so gefährlich, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Härtel war erst einige Jahre verheiratet.

Brudermord beim Kartenspiel.

In Dieburg bei Frankfurt a. M. hat der Gastwirt Köllisch im Streite beim Kartenspiel seinen Bruder erschossen.

Die Mörderjagd.

Die Berliner Polizei hat ihn immer noch nicht, den Mörder Hennig. Die Berliner Greifer haben wenig Glück, wenn es mal was Rechtes zu greifen gibt, schreibt das „M. Journal“. O ja, sie packen schon herzhast zu, wenn ein harmloser Spaziergänger sich am Wegrand ins Gras niederlegt, wenn ein Eiliger das Spalier zu durchbrechen Mühe macht, wenn einem Radfahrer das Del auf der Lenker erlöschert ist. Aber Mörder und Diebe leben gerade in Berlin ihren schönsten Tag. Wie viele, die noch mehr als er auf dem Kerkhof haben, sitzen behaglich in den Klappen und laden sich an Kaffee und Papstfuchen und böhren da mit ihren Mörderäusen die Köpfe aus der gelben Klische!

Am Sonnabend wurde ein Doppelgänger Hennig verhaftet. Eine Patrouille der Sittenpolizei fand ihn in der Wohnung eines unter Kontrolle stehenden Mädchens. Man brachte den Mann sofort nach dem Polizeipräsidium. Als die auf dem Korridor stehenden Kriminalkommissare und Beamten den Mann erblickten, fügten sie sich sofort auf ihn und brachten ihn nach dem Erkennungsdienst. Dort wurde der Verdächtige als der Arbeiter Vorbeer bekanntgegeben. Er hatte starke Krampfwunden auf der linken Wange und gab an, daß er in den letzten Tagen sehr oft für Hennig gehalten und sogar geprügelt worden sei.

Man stellte aus seinen Personalakten fest, daß Vorbeer vor kurzem aus der Anstalt in Hellersdorf entwichen ist. Er wird deshalb schon in nächster Zeit dorthin zurückgebracht werden. Als dies dem Härtling erzählt wurde, erklärte er, daß er unter den jetzigen Verhältnissen hiermit sehr zufrieden sei. Solange Hennig als Raubmörder verfolgt werde, wolle er gar nicht in Berlin in Freiheit sein!

Eisenbahnarbeiter, die auf der Station Eichsfeld einen Zug zur Zubereitungszeit fertig machen wollten, fanden in einem Koffer einen schlafenden Menschen, der über die Stirn seines Schales recht ungesund war und, als man ihn schließlich an die freie Luft beförderte, einen zum Verlorenen der Räder dienenden langstieligen Hammer ergreift, um damit nach dem Kopfe des Vorarbeiters zu schlagen. Durch seine darauffolgende Furcht machte er sich als „Hennig“ verdächtig, und etwa 20 Arbeiter verfolgten ihn. Als sie ihn ergriffen hatten, wurde er geschlagen, schließlich mit Stricken gebunden und, um jedes Entweichen zu verhindern, mit schweren Ketten beladen. Zwei hinzugeholte Gendarmen brachten den Mordverdächtigen in das Charlottenburger Amtsgerichtsgefängnis. Dort konnte er bald als der Schmiedegessele Friedrich May festgestellt und aus der Haft entlassen werden.

Bei einer Hennig-Jagd bestohlen wurde der Kaufmann Richard in der Johannisstraße. Eine Frau bemerkte in dem genannten Hause einen fremden, ihr verdächtig erscheinenden Mann, in welchem sie den Raubmörder Hennig zu erkennen glaubte und benachrichtigte hierüber die Polizei. Sofort wurde eine Abteilung Schutzleute abgestellt, welche das Gebäude vom Keller bis zum Dach durchsuchten, jedoch keinen Verdächtigen vorfanden. Natürlich hatte die Hennig-Jagd eine größere Menschenansammlung zur Folge, die auch noch lange nach dem Fortgange der Schutzleute, das „Ereignis“ besprechend, vor dem Hause aushartete. Diese Gelegenheit wurde von Spitzbüben benutzt, welche in den verschlossenen Keller des Hauses eindringen, eine Anzahl Verletzungen erlitten und zwei derselben, darunter denjenigen des Kaufmanns R. ausräumten. Die Diebe entkamen, ohne daß von dem Vorfall etwas bemerkt wurde.

Winter in Italien.

Aus allen Teilen Italiens werden scharfer Frost und Schneefürne gemeldet. Der Bahnverkehr ist vielfach unterbrochen. Die Telegraphen- und Telephonleitungen sind teilweise vollständig gelähmt. Von der toskanischen und der kalabrischen Küste wird über große Schiffsunfälle berichtet.

Ein Personenzug in Flammen.

Ueber ein furchtbares Eisenbahnunglück wird aus New-York berichtet. Bei einem Zusammenstoß auf der Bergbahn bei Helena in Montana wurden sechs Personen getötet, etwa 20 verwundet und 40 Personen- und Güterwagen zerstört. Das Unglück hatte eine eigenartige Ursache. Ein Güterzug verfehlte die Weiche und raste nun ungehindert den steilen Abhang der Hoch Mountains hinunter und fuhr mit voller Geschwindigkeit in einen schliefenden, vollbesetzten Personenzug. Der Anprall war so heftig, daß die Koppelung zwischen der Lokomotive und den Güterwagen des Personenzugs riß und so die Lokomotive vorwärts getrieben wurde. Um noch weiteres Unheil zu vermeiden, fuhr der Lokomotivführer mit voller Geschwindigkeit vorwärts, während der Güterzug die sich entgegenstellenden Wagen aus-

den Gleis schleuderte und in rasendem Lauf folgte. Die seltsame Jagd dauerte nur wenige Minuten, dann sprang der Güterzug bei einer Kurve aus den Schienen und endete seine tolle Laufbahn in einem Graben. Zugwischen waren in dem Personenzug die atmospärischen Fenster durch die Erschütterung umgestürzt und setzten alle Wagen in Brand. Die Passagiere, die in den Wagen eingeschlossen waren, machten verzweifelte Anstrengungen, sich in Sicherheit zu bringen. Ein Mann trug eine schwere Wunde davon, als er ein Fenster aufbrach, durch das er mit einigen anderen Personen sich mühsam rettete. Sechs Personen starben, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte, vier Eisenbahnbeamte und zwei Reisende; sie wurden durch Holzstücke festgehalten und durch stößlich zu Tode gerückt. Die Verletzten kamen mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon.

Eine Sturmflut.

Das Dorf Galati bei Messina auf Sizilien, das 3000 Einwohner zählt, wurde von einer schweren Sturmflut heimgesucht. 61 Häuser sind zerstört, drei lange Ufermauern sind in das Meer gestürzt und 600 Familien wurden durch die Katastrophe obdachlos. Durch den Sturm wurden in Portocicchio bei Sivona fünf Küter auf die Felsen geworfen. Die Benennung konnte sich retten.

Erdbeben.

Die unglückliche italienische Provinz Kalabrien, die vor einigen Monaten durch ein Erdbeben auf das schwerste verwüstet wurde, ist durch neue Erdstöße, die am Sonntag morgen beobachtet worden sind, beunruhigt. In Catanzaro wurde das Erdbeben Sonntag morgen um 3 Uhr 45 Minuten verspürt. Es dauerte 8 Sekunden an und verursachte an einigen Stellen Schaden. Die Bevölkerung ist in großer Erregung. In Monteleone, wo es um 3 Uhr 55 Minuten eintrat und 4 Sekunden dauerte, hat die erschreckte Bevölkerung die Häuser verlassen.

Bereine und Versammlungen.

Brauerarbeiter.

Am 3. Februar tagte in Bartels' Restaurant, Fabrikstraße, die Monatsversammlung des Zentralverbandes deutscher Brauerarbeiter, Bezirksstelle Magdeburg. Der Kassierer gab die Abrechnung vom vierten Quartal 1905. Die Einnahme betrug 649,80 Mark, die Ausgabe 293,21 Mark, so daß an die Hauptkasse in Hannover 356,59 Mark abgeliefert werden konnte. Die Mitgliederzahl beträgt 148. Zugleich gab der Kassierer die Jahresabrechnung. Die Einnahmen betragen 2470,30 Mark, die Ausgaben 677,80 Mark. Es war also ein Jahresüberschuss von 1792,50 Mark zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Der Kartellbericht gab der Delegierte. Hieraus wurde die Abrechnung vom Bergzügen gegeben. Hier war ein Ueberschuss von 14,00 Mark zu verzeichnen. Im Verzeichnis wurde der Ausschluß eines Mitgliedes beantragt und auch beschlossen. In der Urabstimmung über Gründung einer Lokalfasse waren außer zwei Stimmen alle dafür, so daß der Errichtung einer Lokalfasse nichts mehr im Wege liegt. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Holzarbeiter.

Für die Mitglieder der Verwaltung Magdeburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes fand am Sonntag vormittag im „Luisenpark“ eine Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Ethelred betrat den verhältnismäßig schwachen Besuch, da von 1200 Mitgliedern nur 300 (deren Zahl später auf 400 erhöhte) sowie Interesse haben, in der Generalversammlung zu erscheinen. Er widmet drei verdorbenen Mitgliedern und der Frau eines Mitgliedes einen kurzen Nachruf. Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht für 1905 gibt Orgas einige Erläuterungen. Das Jahr war insofern ein anstrengendes, als es den Magdeburger Holzarbeitern endlich gelang, den Neunhunderttag durchzusetzen. Wünsche, und zwar sehr berechtigten, sind bezüglich des Lohnes vorhanden, welcher den Ansprüchen, die in jetziger Zeit an die Arbeiter in jeder Beziehung gestellt werden, nicht genügt, vor allem auch bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch für die andern im Holzarbeiterverband organisierten Berufe ist eine Vertiefung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und entsprechende Lohnverhöhung ebenfalls sehr notwendig und ein Vorgehen daher nur eine Frage der Zeit. Bei einigen Verfassungen mußte und wird auch dieser Tage noch auf Einhaltung der tariflichen Bedingungen energisch gedrungen werden. Die Arbeitslosigkeit war und ist noch eine so große, wie sie noch nie vorhanden war. Auf Antrag der Revision wird dem Geschäftsführer Decharge erteilt.

Am 29. Vorstandssitzungen tagten 221 Versammlungen, davon 141 Werkstattversammlungen. Beim Verband Arbeitsnachweis wurden 591 offene Stellen gemeldet, von denen 786 besetzt wurden und 105 offen blieben. Mitgliederzahl am 1. Januar 1905: 893. Aufnahmehilfe 555. Uebertritte 40. Zugewinn 275. Ausgeschieden und ausgeschieden 555. Gestorben 3 Mitglieder. Bestand am Jahreschluss 1178 Mitglieder. Die Bibliothek zählt 251 Bände. Die Lokalfasse hatte infolge des alten Passenbestandes von 2079,81 Mark eine Einnahme von 2724,43 Mark, darunter Beiträge 10227,05 und für Streik-Extrabeträge 10131,12 Mark. Von der Gesamtsumme von 25499,63 Mark entfielen 15146,91 Mark auf Streikunterstützung, sonstige Unterhaltungen 818,42 Mark, die Bezirkskassierer 1029,86 Mark, jetziger Bestand 1742,80 Mark. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 53114,50 Mark, darunter 276 Mark für Aufnahmen, 18383,05 Mark für 49569 Beiträge und 31300 Mark vom Hauptvorstand (zum Streik). Bestand jetzt 106,80 Mark. An erster Stelle der Ausgaben steht die Streikunterstützung mit 35391,51 Mark, an Meilenunterstützung wurden 1046,32 Mark, für Arbeitslose 2421,61 Mark, für Rechtschutz und Strafen 962,64 Mark, Sterbefallunterstützung 165 Mark, für Umzugsunterstützung 343,85 Mark gezahlt.

Als Kandidat zu der Delegiertenwahl für den am 21. Mai in Köln stattfindenden Verbandstag wird Orgas, als Stellvertreter Ethelred nominiert. Die Wahl erfolgt in einer später stattfindenden Versammlung, in welcher auch die Anträge zur Diskussion stehen. Eine längere und rege Diskussion zeitigen die Anträge der Revisionskommission zur Gewährung von Unterhaltungen aus der Lokalfasse nach Prüfung von 52 Magdeburger Beitragskarten. Die Anträge werden mit einer kleinen Änderung nahezu einstimmig angenommen. Der Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung beträgt danach 1-5 Mark pro Woche für 52-260 Wochenbeiträge, bei Streik 1-4 Mark bei 26, 52, 104, 126 Beiträgen. Die Sterbefallunterstützung beträgt 50, 75, 100, 125, 150 Mark für 52-260 Beiträge; beim Tode der Ehefrau werden zwei Drittel der Beiträge gezahlt. Die Bestimmungen treten am 1. Juli in Kraft, für Streik und Auslieferung sofort. Zu der am 18. Februar im „Luisenpark“ stattfindenden Konferenz werden die sechs Mitglieder der Gau- und Ortsverwaltung delegiert und danach eine Gauversammlung gewählt. Ueber zwei zum Verbandstag gestellte Anträge eines Mitgliedes, monach Beamte nicht als Delegierte gewählt werden sollen, geht die Versammlung nach kurzer Debatte zur Tagesordnung über. Dancor macht keine Bedenken gegen einige dem Verbandstag unterbreitete Anträge geltend. V. der Errichtung des Uebertritts aus andern Gewerkschaften, Mitgliedschaft von Werkführern und selbständigen Meistern im Verband; er hält eine spätere Erhöhung des Verbandsbeitrags für notwendig und sehr wünschenswert. Als Ersatz für Rielle wird Ethelred in die Eisenwerk-Kommission gewählt. Nachdem noch der Vorsitzende auf den schlechten Besammlungsbesuch in den Bezirken hingewiesen hatte, wurde die Versammlung mit einem braudenden Hoch auf den Verband geschlossen.

Bereine-Kalender.

Volks-Sing-Akademie. Dienstag abend in der Uebungsstunde (Aula der Lutherische, Dreieckstraße) Ausgabe der Programme zum zweiten Mendelssohn-Wettbewerb in den National-Festhallen.

Kamerclubverein M.-Südau. Dienstag, 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Fortsetzung der Generalversammlung im „Schwarzen Adler“.

Marktberichte.

Magdeburg, 10. Februar. (Wichtige Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, englischer, gut 168-171, mittel 160-166, gering 152-158, do. Sommer gut 170-173, mittel 162 bis 170, do. Kolben Sommer gut 175-180, do. Rauch gut 164 bis 169, do. ausländischer gut 188-192. Roggen ruhig, inländischer gut 164-167, mittel 157-163, ausländischer gut 172-174. Weizen ruhig, hiesige Chevalier gut 170-180, mittel 160-169, Land gut 156-166, ausländ. Futtergerste gut 192-199. Hafer fest, inländischer, gut 166-172, mittel 155-163, ausländ. gut 156-170. Mais unverändert, runder gut 194-196, amerikan. hinter gut 123-125. Erbsen unverändert, hiesige Viktoria, gut 180-195, mittel 160-175, do. grüne Folger, gut 190-200 mittel 170-185.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00-23,00. Speisebohnen (weiße) 27,00-41,00. Linsen 28,00-64,00. Erbsen 5,00-6,00. Nudeln 4,50-5,50. Krummstroh 3,50 bis 4,00. Heu 6,00-7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,97-1,08, von der Seele 1,60-1,80. Bauchfleisch 1,40-1,50, Schweinefleisch 1,60-1,80, Kalbfleisch 1,50-1,60, Hammelfleisch 1,40-1,60. Speck (geräucherter) 1,60-1,80. Schmalz 2,20 bis 2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4,00-4,80.

Table with market prices for various goods like flour, oil, and other commodities. Columns include item names and prices.

Table with market prices for various goods like flour, oil, and other commodities. Columns include item names and prices.

MAGGI Würze and MAGGI Bouillon-Kapseln advertisement. Includes images of the product and text describing its benefits for soups and stews.

Advertisement for B. Wolff, a shoe and clothing store. Text: 'Heute und folgende Tage bedeutende Preis-Ermässigung auf sämtliche Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe und Schuhwaren B. Wolff. Gelegenheitskauf-Geschäft Schwerfegerstr. 14.'

Advertisement for 'Soeben erschienen! Sonntage eines grossstädtischen Arbeiters in der Natur' by Curt Grottel. Published by Buchhandlung Volksstimme, Jakobsstrasse 49.

Advertisement for 'Simplicissimus' by Probenummern vom Buchhandlung Volksstimme, Jakobsstrasse 49.

Advertisement for 'Verb. der freien Gast- u. Schankwirte Deutschl. Versammlung' on Tuesday, Feb 13, at 3 PM.

Advertisement for 'Kaffees' (Coffee) by Butterhandl. Edelweiß, Jakobstr. 40.

Obituary notice for Bertha Albrecht, wife of P. Engler, who passed away on Feb 12.

Obituary notice for Wilhelmine geb. Heine, 64 years old, who passed away on Feb 10.

Obituary notice for Adolf Dito Weher, 71 years old, who passed away on Feb 10.

Obituary notice for Heinrich Albrecht, 14 years old, who passed away on Feb 12.

Advertisement for 'Westerhüfen. Geschäfts-Eröffnung!' (Westerhüfen. Business Opening!).

Advertisement for 'Im Zirkus' (In the Circus) featuring 'Das schlimmste Weib von London'.

Advertisement for 'Wendts Restaurant' at Halberstädterstr. 40.

Advertisement for 'Dankeagung' (Thanksgiving) for Max Schiffmann.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Advertisement for 'Hermann Brodthuhn' at Feldstrasse 16.

Advertisement for 'Im Zirkus' (In the Circus) featuring 'Das schlimmste Weib von London'.

Advertisement for 'Beneckenbeck' at Witwenkamp 33.

Advertisement for 'Ständesamt' (Stand Office) at Magdeburg-Stadt, 10. Febr.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Advertisement for 'Schuhwaren!' (Shoes!) at Herren- u. Damenstiefel, Stiefel-letzen, etc.

Advertisement for 'Im Zirkus' (In the Circus) featuring 'Das schlimmste Weib von London'.

Advertisement for 'Eine freundliche Wohnung' (A friendly apartment) at Diesdorf Nr. 145b.

Advertisement for 'Ständesamt' (Stand Office) at Magdeburg-Stadt, 10. Febr.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Advertisement for 'Leihhaus Francke. Pfand-Versteigerung.' (Pawnshop Francke. Pawn Auction).

Advertisement for 'Schönebeck Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen' (Schönebeck Association of Factory, Land, and Helper Workers and Workers).

Advertisement for 'Otto Heinrichs' at Wische b. Celle.

Advertisement for 'Ständesamt' (Stand Office) at Magdeburg-Stadt, 10. Febr.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Advertisement for 'Leihhaus Francke. Kleine Zankerstrasse 10.' (Pawnshop Francke. Small Zankerstrasse 10).

Advertisement for 'Verbandsfest' (Association Festival) at the City Park.

Advertisement for 'Stadt-Theater' (City Theater) on Tuesday, Feb 13, 1906.

Advertisement for 'Ständesamt' (Stand Office) at Magdeburg-Stadt, 10. Febr.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Advertisement for 'Sievert's Variété' at Kleine Zankerstrasse 10.

Advertisement for 'Calbenser Konsum-Verein' (Calbe Consumer Association).

Advertisement for 'Stadt-Theater' (City Theater) on Tuesday, Feb 13, 1906.

Advertisement for 'Ständesamt' (Stand Office) at Magdeburg-Stadt, 10. Febr.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Advertisement for 'Wilhelm-Theater' (Wilhelm Theater) on Tuesday, Feb 13, 1906.

Advertisement for 'Ständesamt' (Stand Office) at Magdeburg-Stadt, 10. Febr.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Advertisement for 'Walhalla' (Walhalla) at Kleine Zankerstrasse 10.

Advertisement for 'Ständesamt' (Stand Office) at Magdeburg-Stadt, 10. Febr.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Advertisement for 'Walhalla' (Walhalla) at Kleine Zankerstrasse 10.

Advertisement for 'Ständesamt' (Stand Office) at Magdeburg-Stadt, 10. Febr.

Obituary notice for Max Schiffmann, 2598, who passed away on Feb 10.

Januar. Er behauptete, es sei Absicht der Sozialdemokraten gewesen, am 21. Januar auf die Straße zu gehen und Rabau zu machen. In Magdeburg hätten die sozialdemokratischen Führer die Parole ausgegeben, die sozialdemokratischen Arbeiter Magdeburgs sollten auf die Straßen gehen und Rabau machen. Eine solche rohe Art und Weise der sozialistischen Agitation müsse natürlich energisch bekämpft werden. Das empfindlichste dabei sei, daß die Sozialdemokratie nicht die geringste Veranlassung zu den Demonstrationen habe, deren Wiederholung für den 18. März in Aussicht genommen seien. Die Folge der Demonstration sei das Militär- und Polizeiaufgebot gewesen. Dieses Aufgebot sei nötig. Durch die Schuld der Sozialdemokraten seien natürlich ganz erhebliche Verkehrsstörungen eingetreten, unter denen auch ganz Unbeteiligte zu leiden gehabt hätten. Mit Empfinden rief der Redner aus: „Wir wollen uns von diesen Rabaudrüdern weder unser Vergnügen, noch den Verkehr stören lassen.“ Die Sozialdemokratie schände Deutschlands Ehre, sie müsse deshalb auf das schärfste bekämpft werden. Ein neues Ausnahmengesetz sei noch nicht nötig, doch müßten die bestehenden Gesetze energisch gegen die Sozialdemokratie angewendet werden.

Am Schluß seiner Ausführungen spendete etwa ein Dutzend Nationalliberaler, die zum Teil mit dem Helben des Abends erschienen waren, Beifall. Die nationalliberalen Mannesgeister hatten natürlich geglaubt, sie seien höchst unter sich, ohne von einem „Fehler“ gestört zu werden. Doch plötzlich erhob sich der Genosse Polzajew und bat ums Wort, das ihm der Vorsitzende ahnungslos erteilte. Dieser hatte kaum einige Bemerkungen gemacht und die Behauptungen des Redners über den 21. Januar, besonders Magdeburg betreffend, als aus der Luft gegriffen, unbeweisbare, haltlose Behauptungen des Redners gekennzeichnet, da brachte eine Anzahl nationalliberaler Felden sofort den Beweis, wo Rabaudrücker zu suchen sind, denn sie gingen an zu schreiben und zu trampeln. Dieser Moment kam dem Herrn Vorsitzenden wie eine Erlösung, denn er benutzte ihn, um dem Redner das Wort zu entziehen und ihn sofort des Lokals zu verweisen. So war der Untergang Goldbecks in der roten Sturmflut glücklicherweise verhindert. Oder doch nicht! Wie auf den Gesichtern der anwesenden Arbeiter zu sehen war, empfanden sie die himmelschreiende Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß man erst die Sozialdemokratie mit den unsaubersten Mitteln bekämpft, und ihr dann das Recht der Verteidigung nimmt. Und doch würde Herr Pistorius, der doch das Recht zu verteidigen hat, vor Gericht sofort Einspruch erheben, wenn ihm oder einem Klienten das Recht der Verteidigung beschnitten würde.

Soweit unser Berichterstatter. Man sieht aus seinem Bericht, daß Herr Richard Pistorius als nationalliberaler Agitator ebenso vornehm ist wie als Verteidiger und darf daraus wohl schließen, daß er auch ebenso — erfolgreich wirken wird. Womit wir vollkommen zufrieden sein dürfen. Es wäre wirklich schade, wenn sich bewahrheitete, was in der Stadt erzählt wird, daß Herr Pistorius seinen Wohnort nach Köln verlegen wolle. Den Mann können wir so gut gebrauchen! —

— **Achtung, Mobellstichter!** Der Zustand bei Gebr. Börsch, Friedrichstraße 4a, dauert unerbittlich fort. „Nichtverbändler“ suchen die Herren in den Zeitungen als Helfer in der Not. Ob die Herren wohl nicht etwas lange warten müssen? Es dreht sich um die Verletzung der Arbeitszeit und ist da solibarisches Handeln Ehrenpflicht aller Kollegen.

— **Der Korbmachermeister Reinecke**, St. Michaelstraße 23, verweigert jedes Zugeständnis. Die Werkstatt bleibt weiter gesperrt.

— **Der Ubersahrtverkehr** von Bastion Cleve und vom Wilhelmspark nach dem Stadtpark ist jetzt wieder eröffnet, wie aus Bekanntmachungen der beteiligten Dampferbesitzer in hirtgeilichen Blättern zu ersehen ist. Der andere Hälfte der Magdeburger Bevölkerung, dem Befreierte der „Volksstimme“, werden solche Bekanntmachungen geflissentlich vorenthalten, was anscheinend auf die fehlende Erkenntnis zurückzuführen ist, daß Verkehrsmittel für die Allgemeinheit vorhanden sind und von allen Einwohnern benutzt werden.

— **Mit Schwierigkeiten verknüpft** war am Sonntag nachmittags gegen 1 1/2 Uhr die Festnahme eines aus der Unfallentwicklung 18-jährigen Fürsorgezögling, der sich auf dem Grundstück Eubenerstraße 9 aufhielt, woselbst sich das Abbruchgeschäft von Böhlert und das Fuhrgeschäft von Delze befindet. Selbstverständlich war dem entjurungenen Fürsorgezögling die „Freiheit“ aus begreiflichen Gründen lieber; es mußte von den Beamten, einem Schutzmännchen und einem Wachtmeister, eine förmliche Jagd nach dem Ausreißer zwischen den Mühl- und Achenwägen hindurch veranstaltet werden, wobei der Wachtmeister E. zu Falle kam und sich einen Mittelfinger brach, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

— **Unfälle.** Der Herr Wilhelm Klein aus Buchau wurde am Sonnabend gegen Abend im Grusonwerk von dem Treibriemen einer Maschine erfaßt, wobei er einen Bruch des rechten Unterarmes erlitt. — Der Formerlehrling Berold Schmelzer aus Buchau hat sich Sonnabend abend in der Fabrik von Otto Gruson u. Co. mit flüssigem Stahl den linken Fuß verbrannt. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der Krankenanstalt Eubenburg. — In hilflosem Zustande lag am Sonnabend vormittag in der Agnetenstraße am Eingang zum Neuhäuser Bahnhofs eine ärmliche, aber lauber gekleidete Frau im Alter von etwa 30 Jahren. Die Bewußtlosigkeit wurde von zwei hilfsbereiten Arbeitern in ein in der Nähe befindliches Haus gebracht, wo sie sich wieder erholt. — Bei der Rückkehr von einer Geschäftsreise nach Wiedersheim am Sonnabend abend fuhr der Handelsmann Gregor Böhlert auf der Herrenkrug-Chaussee mit solcher Wucht gegen einen Baum, daß er vom Rade fiel und betäubt liegen blieb. Von zufällig vorbeikommenden Radfahrern wurde dem B., der eine schwere Quetschung der linken Hand und einige Schrammwunden im Gesicht erlitten hatte, nach seiner in der Jakobstraße befindlichen Wohnung gebracht. — Der Kaufkassier Alex Franke erlitt vor einigen Tagen bei der Arbeit infolge Einreißens von Blei eine Verletzung der linken Hand, deren Verschlimmerung am Sonnabend seine Aufnahme in das Krankenhaus Klinikstadt notwendig machte.

— **Ein schwerer Unglücksfall**, der den Tod des Verlegten zur Folge hatte, ereignete sich am Sonntag vormittag gegen 9 Uhr auf dem hiesigen Hauptbahnhof. Der auf dem Postamt 3 als Sonntagspostausgeber beschäftigte Handelsmann Hermann Behner, Krummeberg 3 wohnhaft, wurde beim Ueberqueren der Gleise an einem Durchlaß, der für die Postwagen geöffnet wird, von den Ruffern eines herankommenden Wagens erfaßt und gegen die Buffer eines stehenden Wagens gedrückt. Er erlitt eine Bruchverletzung und Rippenbrüche und wurde sofort mittels Krankenkorbes nach dem Krankenhaus Klinikstadt gebracht, wo er um 9 1/2 Uhr, eine halbe Stunde nach seiner Einlieferung, verstarb. W., ein Mann von 56 Jahren, hatte hier keine Angehörigen.

— **In roher Weise** mißhandelte am Sonnabend abend nach 9 Uhr auf der Stephanstraße ein etwa 20-jähriger junger Mann ein Mädchen, indem er dasselbe mehrmals mit den Fäusten ins Gesicht schlug und mit Füßen trat. Auf die lauten Hilferufe des Mädchens ritten Passanten herbei, bei deren Erscheinen der Rohling ausrückte, aber erwischt wurde und von den empörten Leuten eine Sektion erhielt.

— **Von der Feuerwehr.** Nicht weniger als drei gestürzte Pferde mußten von Feuerwehr-Kommando am Sonnabend in der Heustadterstraße, auf dem Kleinen Stadtmarsch und in der Kleinen Weinholzerstraße wieder aufgerichtet werden. — Die Sanitätswagen wurden am Sonntag zweimal in Anspruch genommen.

— **Diesköpfe.** Der wegen Entbruchs festgenommene Biss hat hier eine Herzmühle verpfändet, deren Grabierung „E.“ oder „E. Masmann“ ausgekratzt war. Von einem Fahrtrabdiel wurde im Dezember 1905 ein Fahrrad „Adler“ (Nr. 60 256) verpfändet, das am Sattel das Monogramm „M. M.“ und zwei gekreuzte Hammer hatte. Die Eigentümer beider Sachen können sich bei der Kriminalpolizei melden.

Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Sitzung vom 8. Februar 1906.

Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung berichtigte Kollege Breitholz auf Wunsch seiner Gewerkschaft, daß die Delegierten der Glasarbeiter in der letzten Kartelltagung anwesend gewesen seien und nicht gefehlt haben, wie in dem Bericht in der „Volksstimme“ stehe. — Es fehlten die Delegierten der Barbier.

Sekretär Mößinger ersucht, die an die Gewerkschaften ausgegebenen Fragebogen baldigt an das Sekretariat zurückzuführen. Ferner wird auch von den Gewerkschaften die Angabe der Zahl der Berufsangehörigen zwecks Aufnahme in den Jahresbericht gewünscht. Da auch die Gewerkschaften ein weiteres größeres Versammlungstotal unbedingt benötigen, wird auf die in den Kartellversammlungen bezüglich Pöhlers Konzerts- und Ballhaus („Chorum“) angenommenen Resolutionen hingewiesen, durch deren strikte Beachtung die Gewerkschaften wohl bald in die Lage kommen werden, dort Versammlungen abhalten zu können. Mitgeteilt wird, daß zum 1. März ein Negiationsabend im „Luisenpark“ veranstaltet wird. Der bekannte Negiator Balkotte wird „Die Weber“ zum Vortrag bringen. Der Sekretär gibt dann noch bekannt, daß das Lokal des Herrn Puschel („Sängersheim“), Blauerbeilstraße 16, von jetzt ab der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung steht.

Beims gibt sodann in gedrängter Kürze einen Bericht über die Tätigkeit der Sekretäre im Jahre 1905 mit dem Hinweis, daß alle Angaben in ausführlicher Weise in dem in einigen Wochen erscheinenden Jahresbericht des Kartells und Sekretariats enthalten seien. Die Sekretäre mußten im Berichtsjahr insgesamt 284 gewerkschaftliche Versammlungen und Sitzungen besuchen. 184 Vorträge wurden von ihnen in Versammlungen gehalten. In 57 Sitzungen und 71 gewerkschaftlichen Versammlungen mußten sie teilnehmen. Außerhalb Magdeburgs wurden durch die Sekretäre 30 Vorträge gehalten. Die große Zahl der Vorträge, zu denen die Sekretäre verlangt wurden, ist der Ausdruck der Ausbreitung unserer Bewegung. — Der Postverkehr ist im Berichtsjahr wiederum gestiegen. Die Ausgänge betragen im Jahre 1903 1544 Stück, 1904 2336 Stück und 1905 2590 Stück. Die Posteingänge betragen insgesamt 1786 Stück. — Auch im Berichtsjahr beschränkte sich die Auskunftserteilung in der Regel auf diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, deren Gewerkschaften dem Kartell angeschlossen sind. Jedoch mußten von dieser Regel oft Ausnahmen gemacht werden. So ist in allen Fällen, wo für die Besucher ein sofortiges Eingreifen notwendig erschien, auch an die dem Kartell noch nicht angeschlossen organisierten Maurer Rechtsbeistand erteilt. Jetzt ist ja die Organisation der Maurer auch dem Kartell beigetreten und damit endlich die Zeit gekommen, wo die Rechtsbeistand an alle organisierten Arbeiter erteilt werden kann. Witwen, Diensthofen, Invaliden, Lehrlinge und sonstige organisationsunfähige Personen haben auch im Berichtsjahr im Sekretariat unentgeltliche Rechtsbeistand gefunden. Die hohe Besuchsziffer ist Beweis dafür, daß auch in den Kreisen derjenigen, die zurzeit nicht organisiert sind oder nicht organisiert sein können, das Vertrauen zum Arbeiterssekretariat wächst. Auch für das abgelaufene Jahr mußte mit Bedauern konstatiert werden, daß selbst organisierte Arbeiter noch häufig mit der Ausnützerherholung zu lange warten. Sind die Fristen dann abgelaufen, so läßt sich sehr häufig für die Auskunftsuchenden nichts mehr tun. In anderen Fällen waren die Auskunftsuchenden statt an das Sekretariat an Personen geraten, die ohne die erforderliche Sachkenntnis Schriftstücke anfertigten und Auskünfte erteilten, die sich nachträglich als unangebracht herausstellten. Bei Rechtsstreitigkeiten müsse man rechtzeitig in das Sekretariat kommen. Von der Befugnis, die Auskunft zu verweigern, wurde im vergangenen Jahre nur einmal Gebrauch gemacht. Daß unter 6050 Besuchern nur einmal ein Mißbrauch des Instituts versucht wurde, ist Beweis dafür, in wie hohem Grade die Arbeiterbewegung sittliche Ideen in der Arbeiterschaft befestigt hat.

Die Zahl der Besucher hat im Berichtsjahre eine erhebliche Steigerung erfahren; sie betrug im Jahre 1903 2225, 1904 3394, 1905 6050. Von den Besuchern waren 5517 männlichen und 533 weiblichen Geschlechts.

Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg von 3612 im Vorjahre auf 6316 im Jahre 1905. Die Besucher, die das Sekretariat in Organisationsfragen u. dergl. in Anspruch nahmen, sind hierbei nicht mitgezählt. In einem Rage im Mai mußte an 53 Personen Rechtsbeistand erteilt werden.

Die Invalidenversicherung betr. wurden 370, die Krankenversicherung betr. 688, und die Unfallversicherung betr. 1797 Auskünfte erteilt. Die übrige Zahl der erteilten Auskünfte verteilt sich auf fast alle Rechtsgebiete.

Die Zahl der angefertigten Schriftstücke belief sich im Jahre 1903 auf 516, 1904 auf 801, 1905 auf 1462.

Von den Auskunftsuchenden wohnten 5694 in Magdeburg und den umliegenden Ortshäusern, 356 wohnten auswärts in 92 Orten.

In 113 Fällen wurden die Bescheide der Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten angefochten durch Klage bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. In 14 Fällen wurden Gegenschreiben auf Rentenherabsetzungsanträge der Berufsgenossenschaften angefertigt. Gegen die Urteile der Schiedsgerichte wurde durch das Sekretariat in 29 Fällen Rekurs bzw. Revision beim Reichsversicherungsamt erhoben. Von letzteren waren 11 erfolgreich, während 15 abgewiesen wurden. Beschwerden an das Reichsversicherungsamt über das Verhalten der Berufsgenossenschaften wurden 16 erforderlich. An Klagen vor den unteren Verwaltungsbehörden und ordentlichen Gerichten wurden 57 durch das Sekretariat anhängig gemacht. Die Gesamtsumme der durch das Sekretariat im Jahre 1905 bei Behörden und Gerichten anhängig gemachten oder bearbeiteten Rechtsstreitigkeiten beträgt 320; die Zahl der Termine, die durch die Sekretäre wahrgenommen wurden, 91.

Bei Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ist das Sekretariat im Berichtsjahre weniger in Anspruch genommen worden als in den Vorjahren.

Zu dem Vorschlag des Vorstandes, den Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells und Sekretariats in gleicher Weise wie im Vorjahre drucken zu lassen und dann für 10 Pfennig den Gewerkschaftsmitgliedern zu überlassen, bemerkt Herzberg, daß der Jahresbericht ein gutes Agitationsmittel sei, und einen Ueberdruck bei der Herausgabe zu erzielen, sei nicht notwendig.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Ueber das Thema

Zur Reform des Handwerkergesetzes referiert Kollege Herwig, der Vorsitzende des Gesellenauschusses bei der Handwerkskammer. Eingangs weist er darauf hin, daß in diesen Tagen im deutschen Reichstag wieder über den Befähigungsnachweis gesprochen wurde. Es scheint, daß man mit dem Verlangen des kleinen Befähigungsnachweises für das Baugewerbe wohl die Absicht verfolge, den Befähigungsnachweis, wenn er erst für das Baugewerbe erreicht sei, dann auch in andern Gewerben einzuführen. Graf Kosobowsh habe aber den Mittelstandvertretern keine Hoffnungen auf Verwirklichung ihrer Bestrebungen gemacht. — Bei den Innungen und Handwerkskammern haben die Arbeiter sehr wenig Rechte. Doch sei von vornherein der Fehler gemacht worden, daß man dem Handwerkergesetz zu wenig Beachtung geschenkt habe. Besonders müsse für eine Re-

formung der Gesellenauschüsse durch moderne Gewerkschaftler gesorgt werden, damit die Abstimmungen so erfolgen, daß die Interessen der Arbeiter entschieden gewahrt werden, z. B. dürfen die Arbeiter nicht, wie geschehen, dafür stimmen, ein Innungsschiedsgericht zu errichten. Große Schwierigkeiten stellen sich einem Ueberwinden der Gesellenauschüsse entgegen, u. a. sind die Adressen sehr schwer zu erlangen und dann würde auch ein an den Ausschuss des deutschen Handwerkers- und Gewerbelammetages gerichteter Besuch abgelehnt, das forderte, für eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der Gesellenauschüsse bei sämtlichen Handwerkerskammern dem Handwerkskammertag in Köln vorzuschlagen, daß die Handwerkskammern die Mittel für die Konferenz bewilligen. Die Konferenz, über die feinerzeit in der „Volksstimme“ ausführlich berichtet wurde, hat aber dann doch stattgefunden und ist dort festgelegt worden, welche Änderungen in eine Reihe von Paragraphen bei der zu erwartenden neuen Beratung des Handwerkersgesetzes, wenn es nicht aufgehoben wird, vorgeschlagen werden sollen.

Kollege Weims bittet, daß die Gewerkschaften nachdrücklich dahin wirken, daß modern organisierte Arbeiter gewählt werden. Soweit die Arbeiterschaft die Möglichkeit hat, in irgendwelchen Korporationen Einfluß auszuüben, müsse dies mehr geschehen als bisher.

Folgende vom Referenten vorgeschlagene Resolution wird angenommen:

„Das Gewerkschaftskartell Magdeburg ersucht die Konferenz der Gewerkschaftskartelle um Zustimmung dazu, den Gewerkschaftskartellen zu empfehlen, mehr als bisher den auf Grund des Gesetzes vom 26. Juni 1897 geschaffenen Institutionen zur Hebung des Handwerks ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und vor allem dahin zu wirken, daß die Befehung der Gesellenauschüsse bei den freien und Zwangsinnungen sowohl, wie namentlich bei den Handwerkskammern durch solche Personen erfolgt, welche geeignet sind, die wenigen den Arbeitnehmern in diesen Institutionen zugestandenen Rechte auf das nachdrücklichste wahrzunehmen.“

Wit den Vorarbeiten für die Wahlen werden Weims, Mößinger und Herwig beauftragt.

Die Konferenz der Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen und Anhalt,

die nach einem Beschluß der vorjährigen Kartellkonferenz in Halberstadt abgehalten ist, soll, so wird beschlossen, zum 25. März einberufen werden. Die vom Vorstand vorgeschlagene provisorische Tagesordnung für die Konferenz wird genehmigt.

Als Delegierte werden Großkopf, Brandes und Bender gewählt.

Verschiedenes.

Ein Antrag der Barbier und Friseur, ihnen Mittel zur Agitation zur Verfügung zu stellen, wird angenommen, jedoch wurde bemängelt, daß von dieser Organisation niemand zur Begründung des Antrags die Sitzung besucht hatte. In der Diskussion wurde auch betont, daß es für die kleine Organisation der Barbier und Friseur sehr schwer sei, Erfolg zu erzielen, doch könne durch die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft diese Gewerkschaft gefördert und die Lage der Barbiergehilfen gehoben werden.

Kollege Herwig montiert sodann, daß die Tabakarbeiter Sammelkassen ausgegeben haben. Dem Kartellvorstand ist von der Herausgabe dieser Sammelkassen durch die Tabakarbeiter keine Mitteilung gemacht worden. Der Vertreter der Tabakarbeiter erklärt, daß auf diesen Sammelkassen nicht zu Streikzwecken, sondern für eine andre Sache gesammelt werde.

Eine Anfrage von Kleine, ob die Herbergskommission auch die Herbergen der Gewerkschaften kontrolliert habe, beantwortet Kollege Herwig, daß von keiner Gewerkschaft Mitteilung sei, daß eine Kontrolle ihrer Herberge gewünscht werde. Hierbei wird den Delegierten ausgegeben, über das in der Kartelltagung Besprochene genauestens zu berichten.

Geht richtet dann das Ersuchen an die Delegierten, ihm von allen Gewerkschaften ein Exemplar ihres Statuts zur Verfügung zu stellen, und er macht darauf aufmerksam, daß die von der Kommission für das Post- und Logiswesen den Gewerkschaften überlieferten Fragebogen baldigt an die Kommission ausgefüllt zurückgeschickt werden.

Schluß 11 1/2 Uhr.

Letzte Nachrichten.

Das Leipziger Urteil.

Leipzig, 12. Februar 1 1/2 Uhr nachmittags. Das Landgericht verurteilte den Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Peinig, wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Beleidigung der Zweiten Kammer zu einem Jahr neuen Monats Gefängnis. Der Staatsanwalt beantragte die sofortige Inhaftnahme des Verurteilten, das Gericht beschloß, ihn wegen Stellung einer Kaution von 15 000 Mark auf freiem Fuße zu belassen.

Gd. Berlin, 12. Februar. Einen überaus stürmischen Verlauf nahm eine Polenversammlung, welche das sog. Politische Polen-Komitee am gestrigen Sonntag als Gegenstück zu den sozialdemokratischen Demonstrationen in Berlin am 21. Januar veranstaltete. Der Referent Krowicki, der über die Tätigkeit der politischen Parteien im Königreich Polen sprach, priek das Verhalten der polnisch-nationalen Demokratie, die in dem Chaos der russischen Wirren den Gedanken eines einigen, freien Polens vertritt, und griff aufs heftigste die Sozialdemokraten an, denen ihre Parteiinteresse über dasjenige Polens gehe. Der mitauwesende Sozialist Winkiewicz diese Vorwürfe zu entkräften versuchte, und die Politik der polnischen Schlachta geißelte, entstand ein ungeheurer Lärm. „Nieder mit dem Verdächtig“, „Fort mit dem Gallunke!“, „Werft den Kerl hinaus!“, „Auf über dich, du giftige Schlange!“ schallte es dem Redner aus der Versammlung entgegen. Der Vorsitzende bemühte sich vergeblich, Ruhe zu schaffen. Die Versammlung endigte mit genauer Not der polizeilichen Auflösung dadurch, daß eine Pause anberaumt wurde. Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, in der den Teilnehmern an der revolutionären Bewegung in Polen, soweit sie auf polnisch-nationalen Boden sitzen, Sympathie ausgesprochen und gleichzeitig das antipatriotische, antinationale Gebahren der polnischen Sozialisten verurteilt wurde.

Leipzig, 12. Februar. Die Eröffnungssitzung der Landgerichts beschloß, daß gegen den Genossen Peinig wegen des Artikels „Hilbertinische Profile“, erschienen in der „Leipziger Volkszeitung“ und in der „Volkszeitung für das Muldenland“, Anklage wegen Beleidigung des Königs von Sachsen zu erheben sei.

Karlruhe, 11. Februar. Bei der Landtagswahl in Bruchsal-Stadt wurde Wiedemann (Zentrum) mit 1290 Stimmen gewählt gegen Hopmann (lib.) auf den 940 Stimmen entfielen. Das Resultat der Wahl in Bounsdorf-Waldschut ist: Wittenmann (Zentrum) mit 3295 Stimmen gewählt gegen Arische (lib.), für den 2620 Stimmen gezählt wurden.

Gd. Paris, 12. Februar. Der „Temps“ führt aus, daß Frankreich jeden Antrag zurückweisen werde, der darauf hinauslaufe, in Marokko Einflußsphären zu schaffen, welche eine Besetzung Frankreichs bedeuten könnten. Frankreich müsse vielmehr darauf bestehen, daß die Polizeireform den eigenen Vorbereitungen sowie den mit Spanien getroffenen Verabredungen entspreche.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Wer diesen nicht heilt, verläßt sich am eignen Leibe! Husten Kalkers Brust-Caramellen (feinschmeckendes Malz-Extrakt) sind ärztlich erprobt und empfohlen gegen Husten, Heiserheit, Katarrh, Verschleimung und Nervenleiden. 1512 not. begl. Zeugnisse beweisen, daß sie halten, was sie versprechen. Pakete à 25 Pfg. zu haben in allen Apotheken, Drogerien und besseren Kolonialwaren-Handlungen. 1122

Vertreter für Magdeburg: J. Hohenhäuser, Arabstr. 8.

WARENHAUS GEBR. BARASCH

Montag Dienstag Mittwoch

Spezial-Angebot zur Konfirmation

Weisse Stoffe

Weisse Stoffe	gemust., doppeltbreit, Nr. 2.25 1.05 98	65 Pf.
Cheviot	doppeltbreit Meter 2.45 2.25 1.75	1.25
Voile	110 cm breit Meter 2.75 1.35	98 Pf.
Crêpe	Meter	1.65
Safintuch	Meter 2.95	1.55
Batist	Meter 1.75	1.25
Foulé	110 cm breit . . . Meter	1.65

Schwarze glatte Kleiderstoffe

Cheviot	doppeltbreit Meter 1.25 98 85 75	55 Pf.
Crêpe	doppeltbreit Meter 1.65 1.45 1.20 95	65 Pf.
Safintuch	doppeltbreit Meter 1.75	1.15
Kammgarn	110 cm breit Meter 2.45	1.55
Cheviot	110 cm breit Meter 2.25 1.95 1.75 1.25 1.10	88 Pf.
Safintuch	110 cm breit Meter 2.65 2.10 1.65	1.45
Kammgarn	110 cm breit Meter 2.15	1.55
Voile	110 cm breit Meter 1.95 1.45	98 Pf.

Seidenstoffe

Merveilleux	schwarz Meter 2.75 2.45 1.65	1.10
Merveilleux	weiß Meter 2.75	1.65
Damassés	schwarz Meter 2.50 2.25 1.95 1.75	1.25
Damassés	weiß Meter 2.75 2.45	1.85
Japon	schwarz u. weiß, 60 cm breit Meter	1.25
Taffet	schwarz Meter 2.55 1.75	1.10
Taffet	weiß Meter 2.25 2.45	1.65

Gemusterte schwarze Stoffe Meter 1.80 1.55 1.35 1.25 1.10 95 75 65 Pf.

Futterstoffe

Jakonett	Ein Posten braun, grün und blau . . . Meter	20 Pf.
Jakonett	schwarz und grün Meter	25 Pf.
Jakonett	farbig . . . Meter	30 Pf.
Tailenfutter	farbig Meter 46 36	28 Pf.

Weisse Wäschestoffe

Hemdentuch	Meter 45 39 29 24	16 Pf.
Linon	Meter 48 44 38	29 Pf.
Macco-Ersatz	Meter	39 Pf.
Maccotuch	Meter 75	58 Pf.

Futterstoffe

Tailenköper	Meter 48 44 36 30	24 Pf.
Gaze	Meter 28 25 22 16	11 Pf.
Stoffluster	schwarz Meter 55 46 39	29 Pf.
Stoffluster	farbig Meter 44	27 Pf.